

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

70. Sitzung
7. Dezember 2015

Beginn: 10.04 Uhr
Schluss: 13.18 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung
von Berlin
Drucksache 17/2528
**„Verfassungskonforme Alimentation für alle
Berliner Beamten“**

[0252](#)
InnSichO
Haupt

Hierzu: Anhörung

Ich begrüße die Anzuhörenden, Herrn André Grashof als Träger der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“ sowie die Vertrauenspersonen der Volksinitiative, Herrn Andreas Teysakowski, Herrn Axel Kalich, Herrn Christian Szeszkat, Herrn Ralf Mellenthin und Herrn Matthias Weitemeier. Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 ist es notwendig, dass Sie Ihre Volksinitiative hier vortragen.

Wir möchten ein Wortprotokoll. Es müsste dringlich sein, damit wir dem Plenum am 18. Februar Bescheid geben können, wie wir uns entschieden haben. – Noch eine Anmerkung: Liegt Ihnen der Vortrag von Herrn Grashof als Tischvorlage vor? – [Zurufe: Ja!] – Dann beginnt Herr Grashof. – Bitte sehr!

André Grashof (Träger der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich, dass ich heute die Möglichkeit habe, vor Ihnen sprechen zu dürfen. Möglicherweise wird Ihnen das eine oder andere bekannt vorkommen, doch hoffe ich, dass ich auch Neues darstellen kann, insbesondere zur Situation des öffentlichen Dienstes in dieser Stadt, zur realen Motivations- bzw. Frustrationslage der Mitarbeiter. Ich schildere Ihnen die Situation – stellvertretend auch für die Vertrauenspersonen der Initiative – aus unserer Sicht und aus Sicht von weit über 100 Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Behördenbereichen, mit denen wir vorab sprechen konnten.

Das vor Ihnen liegende Handout enthält neben einer thesenartig verkürzten Darstellung unserer Argumentation und weiteren Erläuterungen die Statistiken und Quellen, auf die wir uns hier stützen. Das Handout ist sicherlich etwas umfangreicher, doch erscheint uns dies aufgrund der Fülle von Informationen notwendig. Eigentlich hatten wir beabsichtigt, Ihnen die vorliegenden Fakten nur sachlich zu erläutern. Nachdem uns jedoch vermittelt wurde, dass das Anliegen des öffentlichen Dienstes – speziell der Beamtenschaft – bei einer Reihe von Abgeordneten auf wenig Verständnis treffe und beabsichtigt sei, das Thema Beamtenbesoldung – wie auch im letzten Jahrzehnt – lapidar abzuhandeln, bitten wir um Verständnis, wenn ich im Sinne der Sache meine Formulierungen sehr engagiert und weniger diplomatisch, dafür jedoch umso deutlicher wähle.

In meinem etwa fünfzehnminütigen Vortrag werde ich auf die Notwendigkeit eingehen, die Beamten des Landes Berlin endlich angemessen und entsprechend der von ihnen täglich für das Gemeinwesen erbrachten Leistungen zu bezahlen, mindestens jedoch verfassungsgemäß zu alimentieren. Für Fragen stehen wir gern im Anschluss an diese Darstellungen zur Verfügung, bitten aber, von Zwischenfragen abzusehen. Auf diese Weise kann ich Ihnen am besten einen aussagekräftigen Gesamteindruck vor Augen führen.

Für die Einleitung ins Thema möchte ich die Überschrift eines Artikels der „Berliner Morgenpost“ vom 3. November 2015 zitieren: „SPD fordert mehr Polizeipräsenz in Friedrichshain!“ – Davon abgesehen, dass die betroffene Gegend bereits zu den Schwerpunktgebieten der Polizei gehört, ist es doch etwas befremdlich, gerade von der SPD eine solche Forderung zu hören, ist doch diese Partei seit über 12 Jahren an der Regierung beteiligt und daher selbst für den drastischen Personalabbau und dessen Folgen sowie die Gehaltskürzungen im Jahr 2003 und die mittlerweile verfassungswidrige Alimentation verantwortlich. – [Zurufe aus dem Auditorium]

Vorsitzender Peter Trapp: Stopp mal! – Der Anzuhörende hat das Wort. Die Zwischenbemerkungen sollten unterbleiben! – Bitte, Herr Grashof!

André Grashof (Träger der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Niemand im öffentlichen Dienst ist mit der gegenwärtigen Situation glücklich. Jedem Einzelnen ist bewusst, dass man mehr tun könnte, um das Sicherheitsgefühl zu steigern, um Vorgänge schneller zu bearbeiten, um der Bevölkerung lange Wartezeiten, zum Beispiel in Bürgerämtern, zu ersparen. Doch mit dem vorhandenen Personalansatz kann nur noch versucht werden, die notwendigsten Maßnahmen aufrechtzuerhalten und die dringendsten Einsätze zu erledigen, um sich nicht selbst gegebenenfalls sogar strafrechtlich relevanten Vorwürfen auszusetzen. Gern wird in diesem Zusammenhang von Effizienzorientierung ge-

sprochen und davon, dass man priorisierend abwägen müsse, welche Arbeiten als dringend anzusehen sind. Dabei müssen jedoch die weniger dringenden Arbeiten so weit nach hinten geschoben werden, dass sich das negativ für die Bevölkerung auswirkt. Was passiert denn, wenn so viele dringende Arbeiten anstehen, dass man schon hierunter eine Priorisierung vornehmen muss?

Die Anzahl der Burnout-Fälle steigt, da die derzeit im Schnitt über fünfzigjährigen arbeitsfähigen Mitarbeiter ihr Äußerstes geben, um mit dem vorhandenen Druck fertig zu werden. Hinzu kommt, dass über 30 Prozent der Belegschaft in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Dadurch wird die Arbeitsbelastung für die verbliebenen Mitarbeiter weiter steigen. Qualifizierte Nachwuchskräfte bewerben sich eher in anderen Bundesländern und beim Bund, wo wesentlich besser besoldet wird als in Berlin. Die Aussicht auf Hilfe aus der Politik schwindet, da schon so viel versprochen wurde, was in der Umsetzung ausblieb bzw. in der Umsetzung zu lange dauert.

Der Frust bei den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst sitzt tief und schwankt zwischen Resignation und steigender Wut. Es ist auch nicht verwunderlich, wenn über ein Jahrzehnt auf die negativen Auswirkungen der verfehlten Personalpolitik, die rigorosen Sparmaßnahmen ohne Rücksicht auf Verluste hingewiesen wird und keine Abkehr von dieser Politik festgestellt werden kann. Ist es denn den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes zu verdenken, dass sie zutiefst gekränkt sind, wenn sie bis zum Burnout arbeiten und dann von Politikern als „faule Fische“ bezeichnet werden und durch den letzten Regierenden Bürgermeister dahin gehend verhöhnt werden, dass er sinngemäß erklärte, dass sich in den nächsten 200 Jahren etwas bei der Besoldung tun könne?

Kaum nachvollziehbar ist auch die Aussage des derzeitigen Innensenators, der verlauten ließ, dass man bereits mit einer neunprozentigen Besoldungsanhebung einer Wertschätzung der geleisteten Arbeit Ausdruck verliehen habe. Leider wurde kaum kommuniziert bzw. in der Öffentlichkeit nur unzureichend wahrgenommen, dass sich diese Angabe auf mehrere Jahre bezieht und durch diese Besoldungserhöhungen nicht einmal annähernd die Inflationsrate ausgeglichen wurde. Tatsächlich wurde den Beamten in Berlin von 2003 bis heute eine Gehaltsanpassung von insgesamt 12,5 Prozent gewährt. Man muss jedoch deutlich hervorheben, dass zu Beginn der Maßnahmen der damalige rot-rote Senat im Jahr 2003 eine zehnpromtente Besoldungskürzung vorgenommen hat. Insbesondere durch die Streichung der Sonderzuwendungen und Kürzungen, zum Beispiel des Weihnachtsgeldes, wurden weitere Sparmaßnahmen – auch im Beihilferecht – eingeführt. Der nominal 12,5-prozentigen Besoldungserhöhung steht also eine zehnpromtente Kürzung in 2003 gegenüber, sodass nur von einer realen Steigerung von 2,5 Prozent in 12 Jahren gesprochen werden kann. Diese Besoldungserhöhung von 2,5 Prozent steht zudem in Berlin einer fast zwanzigprozentigen Inflationsrate gegenüber, die sich seit dem Jahr 2003 entwickelt hat. Nicht zuletzt aus diesem extremen Missverhältnis heraus ist die Verärgerung des öffentlichen Dienstes wohl leicht nachzuvollziehen.

Ein Anhaltspunkt für die schlechte Stimmung in der Beamtenschaft scheint mir auch zu sein, dass die mehr als 20 000 Unterschriften, die mit Unterstützung der Gewerkschaften GdP und BDk für die Initiative gesammelt werden konnten, innerhalb von nur vier Wochen zusammengekommen sind, obwohl Urlaubszeit war und sich eine Reihe von Behörden nicht kooperativ zeigte, sondern vielmehr die entsprechenden Informationen der Initiative nicht oder deutlich verspätet weiterleitete. Die lediglich vierwöchige Sammelzeit hatten wir übrigens in

der Hoffnung gewählt, noch vor dem Abschluss der Haushaltsberatungen hier sprechen zu dürfen.

Die Arbeitsbelastung für den öffentlichen Dienst hat die Grenzen des Zumutbaren bereits überschritten. Ebenso ist bei den Gesprächen in den verschiedenen Behörden deutlich zu erkennen gewesen, dass den Mitarbeitern eine spürbare Unterstützung und Würdigung aus der Politik fehlt. Insbesondere erwarten die Mitarbeiter ein deutliches Zeichen im Rahmen einer massiven Besoldungssteigerung, die tatsächlich geeignet ist, die unermüdliche und oft gefährliche Arbeit des öffentlichen Dienstes widerzuspiegeln. Nur mit mehreren großen Gehaltssprüngen ist es nach einem Jahrzehnt der Vernachlässigung möglich, eine gesetzeskonforme Besoldung herzustellen.

Möglicherweise ist noch nicht allen Abgeordneten dieser Stadt aufgefallen, dass hier ein Vulkan kurz vor dem Ausbruch steht und diese explosive Kraft kaum noch eingedämmt werden kann. Es ist dringend notwendig, diesen Druck im öffentlichen Dienst abzubauen, denn gerade in Zeiten der realen Bedrohung durch politische und religiöse Extremisten und der außergewöhnlichen Herausforderungen durch den Flüchtlingsstrom sind sowohl die Politiker als auch sämtliche Einwohner dieser Stadt auf diesen personell und finanziell vollkommen vernachlässigten öffentlichen Dienst angewiesen. Einige Ihrer Kollegen waren wohl auf der letzten Vollversammlung der Feuerwehr und staunten sehr über die vorhandene Aggression und aufgestaute Wut der Beschäftigten, die nicht mehr bereit waren, die ungerechte und mittlerweile gesetzeswidrige Besoldung sowie die schlechten Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Anonym wurde bereits zu wildem Streik aufgerufen, und die Gewerkschaften hatten Mühe, diese Wut nicht eskalieren zu lassen. Das Land Berlin und der Senat haben es ohnehin nur dem Verbot des Streikrechts nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums zu verdanken, dass es nicht schon lange zu einem Ausstand kam. Die Verantwortlichen ignorieren jedoch, dass sie nach den gleichen Grundsätzen dafür verantwortlich sind, eine angemessene und gesetzeskonforme Alimentation zu gewährleisten, und das ist seit Jahren nicht mehr der Fall.

Es ist traurige Realität für die Bundeshauptstadt mit ihren doch herausragenden Hauptstadtaufgaben, dass die Berliner Beamtinnen und Beamten, verglichen mit ihren Amtskollegen in anderen Bundesländern Deutschlands, mit Abstand den geringsten Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Immer weniger dienstfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen immer mehr Aufgaben gegenüber, die es zu bewältigen gilt. Gemäß einer mir vorliegenden Statistik steigt die Anzahl der Sondereinsätze – zum Beispiel im Bereich der Kripo – stetig an, sodass durch Sonderdienste und Hilfemaßnahmen für andere Dienstbereiche die Mitarbeiter immer mehr Fremdarbeiten verrichten müssen und in dieser Zeit für die eigentlich von ihnen zu erledigenden Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Kriminalbeamte müssen zudem noch immer für Objektschutzmaßnahmen abgestellt werden. Aufgrund der Vielzahl an diplomatischen Besuchen in der Hauptstadt müssen Schutzmaßnahmen immer wieder von Beamten begleitet werden. Die aktuelle Flüchtlingswelle stellt die Mitarbeiter des gesamten öffentlichen Dienstes vor immer neue Aufgaben. Diese Mitarbeiter haben dabei immer vor Augen, dass sie die am schlechtesten bezahlten Mitarbeiter ganz Deutschlands sind.

Der letzte Regierende Bürgermeister sorgte im Jahr 2003 für faktische Besoldungsreduzierungen von im Schnitt 10 Prozent. Enthalten waren darin unter anderem der Wegfall bzw. die extreme Kürzung von Sonderzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, die bis zum heutigen

Tag nicht wiederhergestellt wurden. Eigentlich gab es eine stillschweigende Verabredung, dass die Kürzungen für Beamte nach fünf Jahren zurückgefahren werden sollten. Jetzt sind schon über 12 Jahre vergangen, und die noch vor kurzer Zeit angekündigte Besoldungsangleichung bis 2017 ist auch schon wieder vom Tisch. In den Jahren 2004 bis 2009 wurden die Berliner Beamten vollkommen von Besoldungserhöhungen ausgenommen. Erst seit 2010 gibt es wieder bescheidene Gehaltsanpassungen, die jedoch größtenteils unterhalb der Tarifentwicklung lagen. Auch der letzte Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst wurde wieder einmal nicht für die Beamten übernommen. Letzteres ist, insbesondere auch angesichts der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. Februar 2014, nicht nachvollziehbar. Dieses stellte nämlich fest, dass ein untrennbarer Zusammenhang zwischen der Tarifentwicklung und der Beamtenbesoldung besteht. Nach Auffassung des Verbands der Berliner Verwaltungsjuristen verstößt das Land Berlin gegen dieses Urteil und handelt damit bereits seit 2014 verfassungswidrig.

Auch die Feststellungen in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015 deuten darauf hin, dass die Besoldung der Beamten in Berlin nicht verfassungskonform ist. Das Bundesverfassungsgericht hat fünf Parameter entwickelt, die bei der Prüfung der Verfassungskonformität der Besoldung heranzuziehen sind. Schon wenn drei dieser Parameter erfüllt werden, besteht – so die Verfassungsrichter – der begründete Verdacht einer verfassungswidrigen Unteralimentation. Im Fall der Berliner Beamten werden nach unserer Auffassung tatsächlich mindestens drei dieser Kriterien erfüllt. Dabei handelt es sich um eine deutliche Differenz zwischen der Besoldungsentwicklung und den Tarifentwicklungen der Angestellten im Land Berlin, eine deutliche Abweichung der Besoldungsentwicklung von der Entwicklung des Verbraucherpreisindex im Land Berlin und eine deutliche Gehaltsdifferenz im Vergleich zum Durchschnitt der Bezüge im Bund und in den Ländern. – Einzelheiten dazu können Sie dem Handout entnehmen.

Das Rechtsanwaltsbüro Schmid-Drachmann in Berlin, das verschiedene Klagen zur Besoldung vertritt, hält sogar vier der Kriterien für erfüllt. Demzufolge besteht dringender Handlungsbedarf. Allein die Finanzlage und das Ziel der Haushaltskonsolidierung des Landes Berlin vermögen den Grundsatz der amtsangemessenen Alimentierung nicht einzuschränken, zumal Berlin in den letzten Jahren erhebliche Haushaltsüberschüsse aufwies.

Vor diesem Hintergrund vertreten wir die Auffassung, dass das Land Berlin – bezogen auf die Besoldung der Beamten – spätestens seit Mai 2015 rechts- und verfassungswidrig handelt. Hierzu passt auch, dass der Senator für Inneres in Berlin auf Anfrage des Abgeordneten Dr. Klaus Lederer vom 27. Mai 2015 erst kürzlich einräumen musste, dass die Besoldung von Richtern und Staatsanwälten in Berlin seit 2010 noch hinter der vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Besoldung in Sachsen-Anhalt lag.

Hinzu kommt, dass die Beamten neben den bereits erwähnten direkt besoldungsrelevanten Kürzungen auch massive Einschnitte bei der Beihilfegewährung und weitere finanzielle Benachteiligungen hinnehmen mussten. So gibt es keine freie Heilfürsorge, dafür aber eine erhöhte Kostendämpfungspauschale. Finanzielle Benachteiligungen sind auch im Zuge der Einführung der Erfahrungsstufen zu verzeichnen. Gerichtlich wurde festgestellt, dass Berliner Beamte im Zeitraum von 2006 bis 2011 fehlerhaft besoldet wurden, was zu einem Verlust von bis zu 6 000 Euro führte. Das Bewegungsgeld wurde gestrichen und die Arbeitszeit er-

hört. Diese weiteren Sonderopfer werden jedoch nicht erwähnt, geschweige denn entsprechend honoriert. Alles das führt zu einer Auszehrung der allgemeinen Gehaltsbestandteile.

Laut § 4 des Berliner Senatorengesetzes haben der Regierende Bürgermeister und die übrigen Mitglieder des Senats vor dem Abgeordnetenhaus folgenden Eid zu leisten:

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch, getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

Die Begriffe „gerecht“, „unparteiisch“, „getreu den Gesetzen“ und „dem Wohle des Volkes“ sind für uns von besonderer Bedeutung. Aus unserer Sicht ist es unfassbar, dass nach über einem halben Jahr nach Kenntnis der Rechtslage durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2015 im Land Berlin keine Aussage getroffen wird, wie weiter verfahren werden soll. Weiterhin wird das bereits genannte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vollkommen ignoriert. Würde man uns vorwerfen, rechtsbrüchig zu handeln, wären wir sehr wohl bestrebt, innerhalb kürzester Zeit das Gegenteil zu beweisen – außer, dieser Beweis ist uns nicht möglich.

Die angekündigte Besoldungsangleichung in Höhe von 0,5 Prozent zusätzlich zu etwaigen Gehaltserhöhungen ist als absolut lächerlich zu bezeichnen, da es gut 30 Jahre bräuchte, bis die Angleichung tatsächlich geschafft wäre – das aber auch nur dann, wenn Berlin mit den anderen Bundesländern bei den jeweiligen Erhöhungen gleichziehen würde, was in den letzten zwölf Jahren kaum passiert ist. Willensbekundungen der Politiker sind mittlerweile nicht mehr geeignet, die Zuversicht in die Politik wiederherzustellen, denn auch die Reduzierung des Besoldungsabstands, wie sie eigentlich in den Richtlinien der Regierungspolitik für die 17. Wahlperiode festgeschrieben ist, ist nicht feststellbar. Gefordert sind verbindliche, schriftlich niedergelegte Aussagen der Politik, die Datum und Höhe der ab dem Jahr 2016 erforderlichen Besoldungserhöhungen angeben. Durch diese Maßnahme soll der Abstand zum Bundesdurchschnitt ausgeglichen, mindestens jedoch umgehend eine verfassungskonforme Alimentation hergestellt werden. Bei den Angestellten des öffentlichen Dienstes wurde festgelegt, bis zum 1. Januar 2018 eine hundertprozentige Angleichung an den Tarifvertrag der Länder herzustellen. Gleiches kann man auch für die Besoldung der Beamten erwarten, zumal entsprechende verwaltungs- und verfassungsrechtliche Vorgaben bestehen.

Um Ihnen noch einmal deutlich vor Augen zu führen, welches unfassbare Missverhältnis bei der Berliner Beamtenbesoldung besteht, zusammengefasst folgende Angaben: Einer etwa zehnzehnten Gehaltskürzung im Jahr 2003 stehen ab 2003 bis heute 12,5 Prozent Besoldungserhöhung gegenüber. Tatsächlich ist damit die Besoldung der Beamten in zwölf Jahren lediglich um 2,5 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum stiegen die Bruttolöhne in der Wirtschaft um 16,7 Prozent und die Diäten um mindestens 19,5 Prozent ohne Berücksichtigung der nicht unerheblichen Kostenpauschalen. Die Besoldung eines im Dienstrang und Alter vergleichbaren Kollegen in einem anderen Bundesland ist bis zu 18,5 Prozent höher als in Berlin. Zusätzlich ist zu beachten, dass sich in Berlin seit 2003 eine Inflationsrate von fast 20 Prozent entwickelt hat. Damit liegt die Besoldungsentwicklung der Beamten 17,5 Prozent unterhalb der Inflationsrate. Dass die im öffentlichen Dienst im letzten Jahrzehnt von Beamten geleistete Arbeit und ihr erheblicher Sparbeitrag tatsächlich wertgeschätzt werden, ist aus unserer Sicht nicht zu erkennen.

Sie, sehr geehrte Abgeordnete, sind in der rechtlichen und moralischen Verpflichtung, diesem Umstand sofort Rechnung zu tragen. Wir können hier nur an Sie appellieren, nicht weiter untätig zu bleiben, was die mittlerweile verfassungswidrige Besoldung betrifft. Vor kurzem hatten Sie für sich selbst erkannt, dass auch Ihre Diäten der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und der allgemeinen Gehaltsentwicklung angepasst werden müssen, da Ihre Arbeit eine entsprechende Wertschätzung erfahren muss und Sie nicht von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abgekoppelt werden dürfen. Trifft dies nicht auch für die Berliner Beamtinnen und Beamten zu?

Vergegenwärtigen wir uns einmal, welches Stimmen- und Wählerpotenzial hinter dem öffentlichen Dienst steht. Die Berliner Beamten und Pensionäre stellen – ohne ihre Angehörigen und Unterstützer aus der Bevölkerung – bereits ein Potenzial von 110 000 Wählerstimmen. Das ist bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen der Parteien, bei denen jede Stimme zählt, durchaus beachtlich und kann bei der nächsten Abgeordnetenhauswahl über Sieg und Niederlage entscheiden. Demzufolge hoffen wir auf eine entsprechende Beachtung und Würdigung der vorgebrachten Fakten seitens der Politiker dieser Stadt. Handeln Sie schnell, denn es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sich die Wut der Mitarbeiter ein Ventil sucht. Machen Sie sich bitte bewusst, dass Sie es selbst zu verantworten haben, wenn sich etwa 110 000 Wähler und Unterstützer aus Frust und Wut von den etablierten Parteien abwenden und sich zu Protestwählern entwickeln.

Daher appellieren wir an Sie, jetzt, vor dem Abschluss der Haushaltsberatungen, ein deutliches Zeichen zu setzen, mit der die Leistungen der Beamten und ihre Sparbeiträge anerkannt werden. Darüber hinaus bitten wir Sie, Ihren Einfluss für eine mindestens rechtlich einwandfreie und verfassungsgemäße Alimentation der Beamtenschaft geltend zu machen. Dies ist kein Selbstzweck. Würde es entsprechende Zeichen und eine tatsächlich angemessene Besoldungsentwicklung geben, könnte – nach Überzeugung der Initiative – die Attraktivität des öffentlichen Dienstes insgesamt gesteigert, qualifizierte Bewerber, die derzeit in andere Bundesländer und zum Bund abwandern, zurückgewonnen und damit ein drohender Kollaps des öffentlichen Dienstes verhindert werden. Möglicherweise gelingt es Ihnen auch, mit einem entsprechend deutlichen Zeichen die Zuversicht des öffentlichen Dienstes in den Handlungswillen der Berliner Politiker wiederherzustellen. – Mit diesem Appell an Sie beende ich meinen Vortrag, bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass ich Sie mit meinen Worten erreichen und zugleich hinreichend informieren konnte. – Vielen Dank! – [Beifall aus dem Auditorium]

Vorsitzender Peter Trapp: Wir sind heute sehr großzügig. Die Sitzung ist öffentlich, aber von Beifallskundgebungen ist normalerweise Abstand zu nehmen. Ich bitte Sie, sich daran zu halten. Wir wollen diese Sitzung ganz in Ruhe mit Diskussionen über die sachlichen Fakten weiterführen. Deshalb hat jetzt zuerst Herr Staatssekretär Krömer von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport das Wort zur Stellungnahme.

Staatssekretär Bernd Krömer (SenInnSport): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren! Ich habe in weiten Teilen großes Verständnis für das, was Sie dargestellt haben. Dass Berlin gegenüber dem Besoldungsdurchschnitt der übrigen Bundesländer nach wie vor einen Rückstand hat, der erst in einem mühsamen Pfad wird ausgeglichen werden können, ist allgemein bekannt, aber ich will vielleicht zu einigen Punkten, was die Zahlen betrifft, doch noch etwas sagen.

Wir haben die Situation, dass es in der Tat zwischen 2003 und 2009 keinerlei Besoldungserhöhungen, im Gegenteil, sogar Einschränkungen bestimmter Leistungen gab. Wir haben aber seit dem Antritt der großen Koalition einen Besoldungspfad zu beschreiten begonnen, der seit 2012 in Besoldungserhöhungen über 9 Prozent mündet, und es gibt einen Haushaltsplanentwurf, der am Donnerstag im Abgeordnetenhaus beschlossen werden wird, der wiederum eine Einkommens- und Besoldungsanpassung vorsehen wird, die über dem Tarifdurchschnitt der übrigen Länder liegt.

Die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Mai dieses Jahres wird hier überprüft. Wir haben gesagt, wir werden das Prüfungsergebnis bis zum Ende des Jahres 2015 vorlegen. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Zur Richterbesoldung!] – Da geht es um die Richterbesoldung, völlig richtig, Herr Lux! Es geht um die Besoldungsgruppen R1 bis R8. Ich kann noch kein abschließendes, verbindliches Ergebnis mitteilen, aber auch angesichts der Besoldungserhöhungen in den letzten Jahren in Berlin gehe ich davon aus, dass das Ergebnis dieser Untersuchung meiner Verwaltung bedeuten wird, dass wir es in Berlin mit einer verfassungskonformen Besoldung zu tun haben. – [Zuruf von Dirk Behrendt (GRÜNE)]

Die weiteren Fragen zur A-Besoldung: Es gibt mehrere in unterschiedlichen Ländern ausgesetzte Verfahren. So hat etwa das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen für die Verfassungsmäßigkeit der Besoldung in der Besoldungsgruppe A9 für die Jahre 2003 und 2004 ein Verfahren ausgesetzt und an das Bundesverfassungsgericht gegeben. Es gibt weitere Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht im Anschluss an Vorlagen durch das Verwaltungsgericht Braunschweig und das Verwaltungsgericht Halle. Somit gehen wir davon aus, dass die Entscheidungen über diese Klagen – ursprünglich sollte das Bundesverfassungsgericht das bis zum Ende dieses Jahres, so war der Arbeitsplan, entschieden haben – im ersten Quartal des Jahres 2016 vorliegen werden. Weil es Spezifika bei der Richterbesoldung gibt, ist es nicht möglich, dass diese Parameter alle eins zu eins übertragen werden. Möglicherweise wird das Bundesverfassungsgericht auch im Anschluss daran, dass sein Urteil, sage ich mal, durchaus nicht ganz unumstritten ist, dann auch – zumindest teilweise – zu anderen Parametern kommen, aber das werden wir sehen, wenn die entsprechende Entscheidung zu diesem Verfahren vorliegt. Es gibt außerdem noch Verfahren zur Amtsgemessenheit der A- und R-Besoldung beim VG und beim OVG Berlin-Brandenburg.

Soweit nach den durchgeführten Berechnungen aufgrund der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Handlungsbedarf bestehen sollte, wovon ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ausgehe, würde das natürlich dazu führen, dass man ab dem 1. Januar 2016 eine entsprechende Anpassung vornehmen müsste. – Das vielleicht zu den Rahmenbedingungen, unter denen wir uns hier insbesondere auch zur Frage der gerichtlichen Entscheidung bewegen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann kommen wir jetzt zur Beratung innerhalb des Gremiums. – Frau Bluhm! Bitte, Sie haben das Wort!

Carola Bluhm (LINKE): Vielen Dank! – Ich wollte gar nicht unbedingt anfangen, aber wenn es hier so eine Zurückhaltung gibt, dann mache ich das gerne. – Ich will mal aus der Sicht des Hauptausschusses sagen: Der Haushalt ist im Kasten, wir haben im Hauptausschuss am letzten Mittwoch die Schlusslesung gemacht. Das schärft noch mal den Blick darauf, was das für diese Legislaturperiode, was das dann bis Anfang 2017 bedeutet. Ich denke, das sollte auch Grundlage unserer Betrachtung und Bewertung sein.

Ich finde, Berlin hat sich auf den Weg gemacht, die Frage ist nur, wo wir stehen und wie angemessen das Handeln des Senats in dieser hier in Rede stehenden Frage ist. Es gibt seit 2012 – das ist mir verständlicherweise sehr wichtig, hier in die Debatte einzubringen – relevante Haushaltsüberschüsse. Die Frage ist, wie die Koalition genau damit umgeht, wie sie auf dieser Grundlage die Balance zwischen angemessener Alimentierung für die Beamtinnen und Beamten neu konstruiert. Da gibt es auch sehr viele noch nicht angesprochene nicht monetäre Fragen und ein Gesamtsetting ihres Einsatzes, die Frage Haushaltskonsolidierung, aber auch die Frage: Wie stelle ich den öffentlichen Dienst unter diesen Umständen zukunftsfähig auf? Wie gelingt es mir, die Balance neu zu konstruieren, weil ich auch das Geld dafür habe, weil eine sehr harte Periode von Haushaltskonsolidierung der Finanzen, aber auch der Strukturen des öffentlichen Dienstes gelungen ist und nun Auswirkungen zeigt? Und nun natürlich die Frage einer wertschätzenden angemessenen Alimentierung auch vor dem Hintergrund immer mehr offener Stellen und daraus resultierender immer stärkerer Arbeitsbelastung und höherer Anforderungen an Flexibilität, an Kompensation beispielsweise von ewig dauernden Stellenbesetzungsverfahren usw. Das sind die Auswirkungen. Deshalb will ich sagen: Diese Balance ist nicht erreicht.

Ich wollte auch noch mal nach der Herleitung der 30 Jahre fragen, die im Vortrag erwähnt worden sind. Was die Koalition jetzt mit diesen plus 0,5 Prozent auf den Durchschnitt der Abschlüsse der Bundesländer tut, sind nach unserer Berechnung zwölf Jahre. Nach unserer Berechnung sind es zwölf Jahre, bis man sich an einen vergleichbaren Stand des Durchschnitts der anderen Bundesländer heranrobben würde. Es würde also jetzt noch zwölf Jahre dauern. Vielleicht können Sie das noch mal aufklären.

Und, wie gesagt, die Frage ist: Wie soll die öffentliche Hand dieses Problem lösen, ein gut strukturiertes und gut arbeitendes Gemeinwesen zu haben, wenn wir auf der anderen Seite eine – auch für die Situation neuer Bewerber – nicht adäquate Besoldungssituation haben und jetzt schon eine zunehmende Zahl offener Stellen. Wie also soll dieses Problem gelöst werden? – Es kann nur auf Kosten der Qualität bzw. der noch steigenden Arbeitsbelastung für die Beschäftigten gelöst werden. Das scheint mir keine zukunftsfähige Aufstellung insgesamt zu sein. Das ist die Frage, über die man, wie ich finde, genauso mitdiskutieren muss, und dafür gibt es momentan keine Lösung.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Frau Bluhm! – Bitte, Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir müssen feststellen, dass die Beamtenbesoldung im Land Berlin im Vergleich zu den anderen Bundesländern und im Vergleich zum Bund zu niedrig ist. Das ist keine neue Erkenntnis. Das ist nicht erst seit heute und auch nicht seit Beginn dieser Haushaltsberatungen, sondern bereits seit einigen Jahren unsere Erkenntnis. Deswegen haben wir vor längerer Zeit beschlossen, ein Umsteuern einzuleiten und fortzusetzen und auch dauerhaft und unumkehrbar zu machen dahingehend, dass der unangemessen große Abstand der Berliner Beamtenbesoldung gegenüber den anderen Bundesländern und gegenüber dem Bund schrittweise abgebaut wird. Das ist eine Grundsatzentscheidung, die bereits getroffen ist und die sich in den Haushalten oder spätestens jetzt in dem Haushaltsentwurf 2016/2017, den wir demnächst beschließen werden, abbildet, die aber auch schon in den Jahren zuvor in die Entscheidungen zur Beamtenbesoldung und Erhöhung der Besoldung eingeflossen ist. Ich will, um nur einmal den Überblick zu geben, die Schritte seit 2010 noch einmal aufrufen. Sie haben das im Grundsatz genannt, aber ich will das noch einmal aufgliedern – 2010 plus 1,5 Prozent, 2011 plus 2 Prozent, 2012 plus 2 Prozent, 2013 plus 2 Prozent, 2014 plus 3 Prozent, 2015 plus 3,2 Prozent. In 2014 und 2015 ist die Entscheidung, den Abstand zu den anderen Ländern jährlich in 0,5-Prozent-Schritten abzubauen, bereits eingeflossen. Diese schrittweise Angleichung wird fortgesetzt in 2016 und 2017 und in den Jahren danach. Da möchte ich erst mal ganz nüchtern festhalten, dass dieser Turnaround – auf Deutsch: das Umsteuern – in diesem Bereich stattgefunden hat.

Jetzt sagen Sie zu Recht, das dauert sehr lange. Aber 30 Jahre sind, glaube ich, nicht begründbar. Sie müssten, das hat Frau Bluhm schon zu Recht gefragt, mal erläutern, wie Sie auf diese Zahl kommen. Wir wissen natürlich nicht so genau, wie sich die anderen Länder in diesen Jahren verhalten, das kann man alles nicht so ganz genau vorhersagen, das sollte aber nach unseren Berechnungen in einem überschaubaren Abschnitt von zehn Jahren erreicht sein – wobei man beachten muss, dass die Gerichte – auch das Bundesverfassungsgericht – nie von starren Zahlen ausgehen, sondern immer eine gewisse Spannweite als verfassungsgemäß beschreiben. Deswegen muss man da vorsichtig sein mit allzu stark festgelegten Zahlen. Nach unseren Berechnungen sind es ungefähr zehn Jahre. Auch das ist sehr lang. Deswegen haben auch wir in unserer Beschlussfassung gesagt, dass das mindestens passieren muss, das heißt, wir wollen mindestens diese 0,5-Schritte haben. Das soll jetzt aber keine Ankündigung und auch kein Versprechen sein. Das kann ich nicht versprechen, das muss der künftige Haushaltsgesetzgeber entscheiden, aber man kann die Tendenz angeben, dass, wenn es haushaltsmäßig von der Einnahmenseite des Landeshaushalts möglich ist, dann auch größere Schritte zugunsten der Berliner Beamtenschaft denkbar sind.

Wenn wir die Frage der Verfassungsgemäßheit der gegenwärtigen Beamtenbesoldung betrachten, muss man sich das Urteil und die fünf Kriterien angucken, man muss aber auch den Gesamtzusammenhang der Berliner Haushaltssituation betrachten. Das ist auch das, was das Verfassungsgericht beachtet. Wir haben hier eine ganz besondere Verpflichtung, nicht nur für die Beamten, sondern auch für alle anderen Gruppen in der Stadt, eine verantwortungsvolle, abgewogene Haushaltspolitik zu betreiben, die allen Anforderungen gerecht wird, und da sind Ihre selbstverständlich ein wichtiger Bestandteil, aber nicht der Einzige. Aufgrund der Zinsentwicklung haben wir in ganz Europa eine Einnahmeentwicklung, von der man sagen muss, dass Deutschland und Berlin erheblich von der Zinsentwicklung im Vergleich zu anderen

Ländern profitieren. Italien muss 12 Prozent für Kredite bezahlen, Spanien 14 Prozent, Griechenland bekommt ohne Stütze überhaupt kein Geld, und Deutschland und Berlin wird das Geld nahezu hinterhergeschmissen; wir zahlen 0,5 Prozent, 0,8 Prozent, wir zahlen geringste Zinsen, wie sie noch nie stattgefunden haben. Das ist über einen langen Zeitraum gesehen eine sehr unnatürliche Situation, denn über einen langen Zeitraum betrachtet waren es immer höhere Zinszahlen, von 3 bis 4 Prozent. Das bedeutet – das sagt der Finanzsenator permanent zu Recht –, dass, wenn eine solche Zinsentwicklung zu Ende ist oder sie so einsetzt, dass es wieder höhere Zinszahlungen geben muss, natürlich die Gefahr besteht, dass der Spielraum, im Berliner Landeshaushalt zu investieren, zu qualifizieren, die Beamtenbesoldung zu erhöhen und Ähnliches, wieder schrumpft, und das ohne unser Zutun. Das sind Fakten, die man beachten muss.

Damit ist überhaupt noch gar keine Verantwortung für irgendetwas beschrieben, was gemacht wird oder nicht gemacht wird, das ist die Situation am Finanzmarkt, und da bitte ich, mit zu beachten, dass das Land Berlin bei verantwortungsvoller Haushaltspolitik das auch berücksichtigen muss. Tagtäglich werden Kredite umgeschuldet, und wir sparen Geld ein und gewinnen damit Handlungsspielräume. Das ist der Hintergrund, vor dem man das betrachten muss. Wir müssen vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt und der zusätzlichen Anforderungen, die Sie vollkommen zu recht beschrieben haben, dass nämlich der öffentliche Dienst aus vielfältigen Gründen vor zusätzlichen Anforderungen steht, den öffentlichen Dienst stärken.

Das bedeutet aber, dass nicht nur bei der Besoldungserhöhung Handlungsbedarf ist, sondern auch bei der schieren Stellenzahl, bei der Frage der Funktionsfähigkeit von Behörden. Wir besprechen nachher noch ein anderes Thema, der Ausländerbehörde, wo wir auch gesagt haben, da muss mehr personelle Kapazität reingegeben werden, damit die Erwartungen erfüllt werden können, die wir dort haben. Es muss bei der Polizei einen Stellenaufwuchs geben, den wir aus den bekannten Gründen, die ich jetzt hier nicht näher ausführen muss, im nächsten Haushalt erneut abbilden. Das Gleiche gilt für die Feuerwehr und für den Verfassungsschutz, das gilt auch für die Bürgerämter in den Bezirken und für Ähnliches. Das heißt, es ist erkannt – und ich bitte Sie, das auch zu betrachten und nicht abzuqualifizieren –, dass wir für den öffentlichen Dienst dieser Stadt etwas tun müssen und mehr tun müssen, sowohl, was die Stellenzahl in bestimmten Funktionsbereichen anbetrifft, als auch, was die Besoldung anbetrifft. Diesen Grundsatz bitte ich Ihrerseits zu akzeptieren oder mindestens anzuerkennen, dass er besteht.

Und jetzt ist die Frage des Tempos und der Höhe, und da bitte ich, die Entwicklung in der Stadt insgesamt zu würdigen. Da kann ich für heute nur sagen, dass wir als Innenpolitiker unserer Fraktion immer für eine stärkere Berücksichtigung der Interessen des öffentlichen Dienstes eintreten und versuchen werden, dort weitere Verbesserungen zu erzielen.

Letzter Punkt – die Frage der Verfassungswidrigkeit der tatsächlichen Praxis in Berlin. Das ist nicht so einfach, wie Sie das jetzt sagen. Das ist eine Behauptung, denn ob etwas verfassungswidrig ist oder nicht, entscheiden nicht Sie, nicht wir, nicht der Senat, sondern am Ende kann nur das Verfassungsgericht entscheiden, was verfassungswidrig ist. Und es ist jetzt die Frage, ob das, was für die Richterbesoldung entschieden wurde, so anzuwenden ist. Da würde ich sagen, wenn das nicht eins zu eins anzuwenden ist, sollten wir den Gedanken, der da drinsteckt, sehr wohl beachten. Da würde ich jetzt nicht allzu formalistisch werden. Den Gedan-

ken muss man beachten. Es ist aber die Frage, ob man wirklich am Ende materiell sagen kann: So, wie wir es machen, ist es verfassungswidrig –, denn – Sie haben die fünf Parameter genannt – es gibt andere Einschätzungen – die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen, deswegen müssen wir von vorläufigen Einschätzungen sprechen –, die sagen, dass Berlin sich im verfassungskonformen, im grünen Bereich bewegt. Wir werden das würdigen müssen. Wir werden Ihre Auffassung und Ihren Vortrag selbstverständlich auch würdigen. Darauf haben Sie ein Recht. Wir müssen das, was der Senat uns dazu Ende des Jahres vorträgt, würdigen, und dann werden wir uns als Parlament dazu äußern. Wir werden dann einen Vorschlag machen, den wir heute naturgemäß nicht abgeben können. Da bitte ich um Verständnis, dass wir jetzt keine abschließende Würdigung vornehmen können. Das ist auch ein bisschen das Verfahren. Wenn wir Anzuhörende haben, kann man nicht in derselben Sitzung schon Entscheidungen treffen, sondern muss sich das, was vorgetragen wird, genau angucken und würdigen. Das werden wir anhand des Wortprotokolls tun, und dann werden Sie auch unterrichtet werden, wie unsere Antwort darauf sein wird. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Zimmermann! – Dann hat jetzt Herr Lux das Wort! – Bitte schön!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Zimmermann hat mit ein paar grundsätzlichen Erwägungen zum Finanzmarkt und zum Schuldendienst angefangen. Ich möchte mit ein paar grundsätzlichen Erwägungen zu unserem staatlichen Zusammenleben anfangen und uns hier auch die Geschichte vor Augen halten. Da gab es einen schönen Beitrag im „Tagesspiegel“ am Wochenende, nämlich, dass ein Staat, der Sicherheit nicht mehr gewährleisten kann, einer ist, der notwendigerweise nicht mehr funktionieren kann. Es kommt nicht von ungefähr, dass hier nicht mal so sehr die Berufsvertreter der Polizistinnen und Polizisten die Volksinitiative angestoßen haben – die übrigens in einem rekordverdächtigen Maße Erfolg gehabt hat – und dass die nicht als Einzelpersonen die Unterschriften gesammelt haben und so schnell Erfolg hatten. Das sollte uns tatsächlich beeindrucken. Ein Staat, der es nicht schafft, seine Regeln gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durchzusetzen, der wird nicht funktionieren. Der Staat ist nicht nur auf Polizistinnen und Polizisten angewiesen, sondern im Prinzip auf jeden Beamten, auf jede Beamtin, auf jeden Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, und da ist die Situation auf den Finanzmärkten im Prinzip zweitrangig.

Ich möchte auch noch mal darauf hinweisen, dass wir aus einer bestimmten Geschichte kommen, die Sie jetzt ausgeblendet haben, Herr Kollege Zimmermann, die die CDU garantiert auch ausblenden wird und die die Linksfraktion hier auch ausgeblendet hat. Wir als Grüne würden sie hoffentlich nicht ausblenden, falls uns die Verantwortung erreichen wird. Man weiß es nicht. – [Zurufe von der SPD, der CDU und der LINKEN] –

Vorsitzender Peter Trapp: Der Herr Lux hat das Wort!

Benedikt Lux (GRÜNE): Es ist interessant, dass die anderen Abgeordneten jetzt in Wallung kommen und vorher mehr im Tiefschlaf waren. – [Beifall aus dem Auditorium – Frank Zimmermann (SPD): Was soll das? – Burgunde Grosse (SPD): Genau! Was soll das?] – Tut mir leid! Also, habe ich das Wort? – [Zurufe von der SPD]

Vorsitzender Peter Trapp: Ich darf noch mal darum bitten: Machen Sie mir das Leben als Vorsitzender nicht so schwer, lassen Sie die Beifallsbekundungen! – Jetzt hat wieder Herr Lux das Wort.

Benedikt Lux (Grüne): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – 2004 bis 2009 waren in Berlin sehr schwere Zeiten, und die zehn Prozent, die alle Beamtinnen und Beamten und der öffentliche Dienst eingespart haben, haben uns sehr geholfen. Im Nachhinein betrachtet war letztendlich das der Grund, weshalb wir überhaupt aus der Überschuldungskrise herausgekommen sind. Sie hatte bestimmte Gründe, an die man hier erinnern darf, nämlich den Bankenskandal – angeführt von Landowsky und Co, und auch die hatten bestimmte Gründe, weshalb die Beamtinnen und Beamten hier so in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Es gab eine Verabredung aller politischen Parteien, die damals die Einschnitte bei den Beamtinnen und Beamten mitgetragen haben. Alle Parteien haben diese Einschnitte mitgetragen, und zwar unter der Bedingung – man kann auch sagen, das war die Geschäftsgrundlage –, dass dies nach fünf Jahren aufgelöst wird. Das ist aber nicht passiert. Ich erinnere daran, dass 2011 in den Wahlprogrammen aller Parteien, die hier vertreten sind, stand, dass wir bis 2017 den Besoldungsdurchschnitt im öffentlichen Dienst angleichen werden. Das haben alle Parteien, die hier sitzen, und alle Vertreter dieser Parteien hier versprochen, aber sie haben sich nicht daran gehalten. Insofern ist die Vertrauenskrise, die hier auch gerade von den Kollegen Anzuhörenden erwähnt wurde, nachvollziehbar. Ich habe den Satz sehr gut verstanden, dass wir mit irgendwelchen Bekundungen und Meinungsäußerungen hier gar nicht erst kommen sollen. Da könnte man Ihnen auch antworten: Dann können wir gleich gehen, denn mehr wird hier nicht stattfinden, das hat Kollege Zimmermann auch gesagt, dann können wir gleich aufhören.

Und, ehrlich gesagt, ich habe auch sehr gut verstanden, dass Herr Staatssekretär Krömer keine politische Aussage darüber gemacht hat, wo er denn mal hin will, und auch keine Aussage darüber getroffen hat, was er in den letzten Jahren getan hat, um die Besoldungsanpassung herbeizuführen.

Da haben Kollege Behrendt hier zu meiner Rechten seit Mai und Kollege Dr. Lederer von der Linksfraktion häufiger nachgefragt, was sich denn aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil ergibt. Sie haben immer wieder um Fristverlängerung gebeten, und man hört im Prinzip nur einen Satz, dass die Entwicklung der Tarifentlohnung im öffentlichen Dienst und auch die Besoldungsentwicklung bei den Beamten aus so viel Datenmaterial berechnet werden muss, dass Sie gar nicht hinterherkommen. Das ist der zentrale Satz. Sie bitten um Aufschub für die nächsten Urteile, die dann im Januar oder Februar erwartet werden, und ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie darauf nicht vorbereitet sind. Ein guter Dienstherr würde bestimmte Szenarien entwickeln. Der würde sagen, wenn das Verfassungsgerichtsurteil darauf kommt, dass hier aufgrund von drei von vier Kriterien oder aufgrund von vier von fünf Kriterien oder meinetwegen auch nur bei zwei der fünf Kriterien zu sehr abweichend entlohnt wird, dann haben wir wie folgt zu handeln ... Aber Sie haben nicht ein Szenario vorgelegt, wie die Besoldungsentwicklung weitergehen muss, deswegen ist es auch klar, dass die Innenpolitiker hier im Ausschuss, aber auch die Kollegen im Hauptausschuss im Prinzip nicht mehr machen können, als zu sagen: Wir haben ein bisschen Vorsorge getroffen, ja, wir werden ein bisschen mehr erhöhen als in den anderen Bundesländern –, aber sie können keine klare und verbindliche Aussage darüber treffen, wie es mit der Besoldungsentwicklung weitergehen soll. Und das ist Ihre Verantwortung, Herr Staatssekretär! Ich wäre als Innensenator heute auch nicht in den Aus-

schuss gekommen, und zwar aus Scham nicht, und nicht, weil ich einen anderen Termin hätte, so sehr, wie Sie in den letzten Jahren dort geschlafen haben.

Und es ist richtig und nötig, meine Fraktion hat das beantragt, hier in den nächsten Jahren eine verbindliche Anpassung vorzulegen. Diese geht nur aufgrund eines Gesetzes. Und dieses Gesetz müsste in etwa lauten: Wir erhöhen genauso wie in den anderen Bundesländern um plus 1 Prozent, meinetwegen um plus 1,5 Prozent, jedenfalls so, dass man nach einer vertretbaren Anzahl an Jahren – denn natürlich haben wir eine Verantwortung für das Allgemeinwohl, für den Gesamthaushalt – in den Bundesdurchschnitt oder von mir aus auch, weil die Preise in Berlin noch geringer sind als in anderen Bundesländern, ins untere Drittel der anderen Bundesländer kommt. Aber auch davon sind wir meilenweit entfernt. Es gibt vor allen Dingen keine Verständigung von Ihnen darüber mit dem öffentlichen Dienst, mit den Berliner Beamtinnen und Beamten, sodass auch kein verbindlicher Weg entstehen kann. Ich sage Ihnen mal: So wie Sie vor zwei Wochen 230 Millionen Euro hier im Hauptausschuss in nächtlichen Sitzungen für Ihre Lieblingsprojekte in Ihren Wahlkreisen verfrühstückt haben, damit Sie dort wiedergewählt werden – [Zurufe von der SPD und der CDU] – doch, so war es! –, davon hätte man mehrere Prozent im öffentlichen Dienst draufschlagen können, aber da haben SPD und CDU mal wieder die Stadt und den Haushalt als Beute entdeckt, statt insgesamt mit mehr Verantwortung für die Berliner Beamtinnen und Beamten reinzugehen.

Ich sage Ihnen noch eins, das ist meiner Fraktion auch nicht leicht gefallen: Was man zumindest erkennen muss, ist, dass die Beamtinnen und Beamten, die bei einer Besoldungsstufe A10 und niedriger sind, von mir aus auch bei A12 und niedriger, durch die Preisentwicklung in den letzten Jahren ein wirklich großes Sparopfer geleistet haben. Diese Personen müssen mehr Geld für Brötchen, für Miete usw. ausgeben, aber spannenderweise sind die oberen Besoldungsstufen näher am Bundesdurchschnitt dran als die unteren. Erklären Sie mir mal, warum dort oben bei A12, A13 immer mehr angeglichen worden ist und die Abstände gar nicht so groß zu den anderen Bundesländern sind, aber die einfachen Leute an der Bezirkskasse oder im Justizwachtmeisterdienst deutlich weniger haben als der Rest vom Bundesdurchschnitt. Ich glaube, dass es hier richtig ist zu sagen: Hier müssen wir früher, schneller und auch mehr erhöhen, um diesen sogenannten Turnaround zu bekommen. Da lohnt es sich zu differenzieren.

Deswegen hier noch einmal die letzte Aufforderung: Legen Sie uns diesen Anpassungspfad vor, Herr Zimmermann – von dem Sie zumindest sprachen, dass es ihn geben soll, auch das habe ich gehört. Herr Krömer hat sich ja völlig um die Frage herumgedrückt, bis wann verbindlich angepasst werden kann.

Und ich sage Ihnen noch eins: Wir als Grüne wären durchaus bereit, schneller mehr Geld bereitzustellen und früher zu erhöhen, aber wir wollen auf der anderen Seite auch etwas vom öffentlichen Dienst haben, und zwar noch mehr, als wir in den letzten Jahren schon bekommen haben, obwohl wir nicht an der Regierung waren, aber es ist jetzt an der Zeit zu sagen, wir brauchen einen schlagkräftigeren, schnelleren und besseren öffentlichen Dienst, der auch flexibler ist, damit solche Sachen wie beispielsweise im LAGeSo nicht mehr passieren, dass man da nach 16 Uhr nicht mehr öffnen oder am Wochenende nicht aufmachen kann, weil der Senat das kleine Einmaleins des Personalvertretungsrechts nicht beherrscht und sich da ein Urteil nach dem anderen einfängt – oder auch in anderen Bereichen, dass wir dort flexibler werden, schneller einstellen können, Quereinstiege zulassen, keine komischen Altershöchst-

grenzen haben, sondern dass wir dort für unsere Stadt einen besseren öffentlichen Dienst aufbauen können. Der muss besser bezahlt werden, aber er wird auch in Zukunft noch mehr von seinen Bediensteten verlangen müssen. Ich hoffe, dass wir eines Tages dazu kommen, dass die öffentlich Bediensteten dazu bereit sind. Wir als Politik sind da allerdings in der Bringschuld, und die haben wir schon viel zu lange vernachlässigt. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Peter Trapp: Danke, Herr Lux! War das so zu verstehen, dass Sie einen Antrag einbringen werden?

Benedikt Lux (Grüne): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Nachfrage! Ich darf Ihnen sagen, dass wir bereits mehrere Anträge zu dem Sachverhalt eingebracht haben, dass aber die Koalitionsfraktionen, der Sie auch angehören, diese Anträge abgelehnt haben. Ich bin mir nicht mal sicher, ob sie überhaupt gelesen worden sind.

Vorsitzender Peter Trapp: Dann hat jetzt Herr Dr. Juhnke das Wort. – Bitte sehr!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank! – Es ist schwer nach diesen Wahlkampfreden von Herrn Lux, die bei der Feuerwehr nicht wirklich verfangen haben, wenn ich mich dunkel erinnere. Ich will versuchen, auf das eigentliche Thema zurückzukommen. – Herr Grashof! Ich danke Ihnen für Ihren Vortrag und Ihre klare Artikulation der Unzufriedenheit. Vieles von dem, was Sie gesagt haben, teile ich, das hat meine Fraktion in der Vergangenheit auch immer kritisiert. Wir müssen jetzt mal gucken, wie die aktuellen Fragen sind, was wir tatsächlich machen können und was dazu geführt hat, dass wir diese Situation jetzt haben.

Sie haben dargelegt, was nach einem Gerichtsurteil passieren muss. Ich glaube, darüber brauchen wir keine politische Diskussion zu führen. Wenn das Verfassungsgericht bestimmte Dinge feststellt, dann sind sie anzuerkennen. Man darf sich aber nicht von der scheinbaren Logik dieser fünf Prüfkriterien verführen lassen. Das liest sich sehr einfach und scheint auch eine Sache zu sein, die man relativ simpel mit einer Excel-Tabelle lösen kann, um dann zu einem Ergebnis zu kommen. Die Wahrheit ist ein bisschen schwieriger, deswegen wird auch seit Monaten geprüft. Wir müssen feststellen, dass es sich dabei erst einmal nur um die R-Besoldung handelt. Entsprechende Verfahren zum Thema A-Besoldung sind noch anhängig – so habe ich das verstanden – und im ersten Quartal zu erwarten. Wir werden dann gucken, ob das Verfassungsgericht überhaupt bei seiner Linie bleibt, diese Prüfkriterien so fortzusetzen. Man muss dann gucken, ob da nicht auch andere Fragestellungen eine Rolle spielen. Das Urteil ist nicht ganz unumstritten gewesen. – Wie gesagt: Das ist aktuell noch zu klären. Im Moment geht die Tendenz dahin, dass die Verfassungswidrigkeit bei der R-Besoldung in Berlin nicht gegeben ist.

Gleichwohl ist es für mich keine Frage eines Gerichtsurteils, ob man sich Gedanken darüber macht oder von einem Gerichtsurteil getrieben werden muss, bis man zu einer vernünftigen Besoldung der Beamten kommt. Es kann auch kein Interesse an einer zu geringen Bezahlung geben. Sie haben die Punkte genannt, die sind hier auch bekannt: Demotivation – es gibt keinen Tag, wo man als Fachpolitiker nicht mit Kollegen aus der Polizei, der Feuerwehr oder anderen Bereichen spricht, die einem bestimmte Dinge darlegen und Missstände aufzeigen. Die Arbeitsbelastung und andere Dinge sind da natürlich immer wieder ein Thema.

Sie haben auch die Fluktuation angesprochen. Wir wissen, weil einige Jahre lang nicht eingestellt wurde, dass in wenigen Jahren ein ganzer Schwung von Leuten den öffentlichen Dienst verlässt und damit auch ein entsprechender Verlust an Know-how und Erfahrung verbunden ist, sodass man schnell sehen muss, dass man die Leute wieder aufbaut. Das ist aus demografischen Gründen schon mal ein Problem. Wir stehen in Konkurrenz zum Bund, der in Berlin ist, oder zu Brandenburg, wohin ich drei S-Bahnstationen weiterfahren muss, um dort zu arbeiten. All diese Dinge sind bekannt. Wir reden in jeder dritten Sitzung über die Frage, wie wir die Nachwuchsgewinnung verbessern können. Von daher bitte ich, uns zumindest abzunehmen, dass wir kein Interesse daran haben, grundsätzlich zu einer geringeren Bezahlung zu kommen. Deswegen haben wir in den letzten Jahren auch entsprechende Erhöhungen vorgenommen, und deswegen ist in Berlin für das Jahr 2015/16 ein höherer Abschluss geplant, als für die Tarifbeschäftigten verabredet wurde. Damit sind wir dann schon über dem, was wir eigentlich wollten.

Man muss mal sehen: Politik ist Macht und Verantwortung auf Zeit; man muss auch beurteilen, wann was veranlasst wurde. Da kann ich mir erst einmal nur für mich angucken, was ich mit zu verantworten habe, in der Zeit, wo ich mit meiner Fraktion in der Regierungsverantwortung stehe. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Da sage ich Ihnen ganz ehrlich, dass ich nicht nachvollziehen kann, dass Sie von einer lapidaren Behandlung sprechen, bei allem Respekt und Verständnis für Ihren Unmut, der nicht nur aus zwei Jahren stammt, sondern sich über die Jahre angehäuft hat. Wir haben, seitdem diese Regierung dran ist, knapp 10 Prozent bei der Besoldung aufgeschlagen. Aktuell haben wir die Jubiläumszulage wieder eingeführt, und wir haben beim Personal – das war für die CDU ein ganz wichtiges Thema – von vornherein gesagt, dass hier ein Paradigmenwechsel stattfinden muss. Für die Polizei, die Feuerwehr und den gesamten Sicherheitsbereich werden es beim Abschluss dieses Haushalts über 1 000 Stellen sein, die wir on top draufgelegt haben. Natürlich muss der Nachwuchs gefunden und ausgebildet werden, er muss irgendwann da sein, das ist nicht die Frage. Ich bitte nur anzuerkennen, dass wir uns damit auseinandergesetzt und diese Probleme nicht ausgesessen oder gesagt haben: Das ist zwar schlimm, aber wir handeln nicht.

Man muss auch sehen, dass wir in Konkurrenz zu anderen Bereichen wie Wissenschaft und Schule stehen. Sie alle wollen für sich ein möglichst großes Stück vom Kuchen abbekommen. Wenn Sie erkennen, was für die innere Sicherheit dort herausgeholt wurde – dass kann sich einigermaßen sehen lassen.

Aber ich bleibe auch dabei, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht wurde. Der Hauptfehler war, dass wir in Berlin in der Zeit von 2003 bis 2009 sämtliche Erhöhungen ausgesetzt haben. Deswegen kann man nicht erwarten, dass wir in vier Jahren das aufholen, was in fast 10 Jahren versäumt wurde. Sicherlich gab es damals andere Rahmenbedingungen für den Haushalt, aber ich glaube, dass Nullrunden generell ein Fehler waren, und das haben wir grundsätzlich auch immer kritisiert. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Die Linkspartei war heute sehr moderat, aber auch sie hat einen Anteil an dieser Verantwortung, weil sie während ihrer Regierungszeit keine Erhöhung vorgenommen hat. – [Zuruf von Carola Bluhm (LINKE)] – Nun wirft Herr Lux wieder die Stichwörter „Bankenskandal“ und „Landowsky“ hinein. Ich werfe ihm das nicht vor. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Herr Lux! Sie sind relativ jung, waren damals noch nicht dabei und haben sich das vielleicht von den Alvordern erzählen lassen – [Lachen von Benedikt Lux (GRÜNE)] –, aber die haben Dinge gesagt, die nicht wirklich der Wahrheit entsprachen – wenn Sie sich angucken, worum es damals ging. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)]

Vorsitzender Peter Trapp: Herr Dr. Juhnke hat gerade das Wort! Ich bitte um Wortmeldung!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Wir haben in den vergangenen Jahren, seit wir regieren, keine Schulden mehr aufgebaut, davor wurden 20 Milliarden Euro Schulden aufgebaut, und davor waren es 40 Milliarden Euro. So kamen die 60 Milliarden Euro zustande. Im Wesentlichen kommt es daher, dass das vereinigungsbedingte Probleme waren. Wir sind damals falschen Prognosen aufgesessen. Es wurde erzählt, dass Berlin die größte Stadt zwischen Paris und Moskau oder die größte Industriestadt werden würde. Vieles von dem hat sich zu dem Zeitpunkt noch nicht realisiert. Wir sind erst jetzt in der Situation, dass wir einen Boom haben. Das wissen Sie genau, aber Sie versuchen, das immer in einen Zusammenhang zu stellen, der einseitige Schuldzuweisungen ermöglicht. Aber das wird Ihnen nicht gelingen. Wir müssen

zur Kenntnis nehmen, dass wir als Politikergeneration eine Problematik abzarbeiten haben, die für die zukünftigen Generationen sicherlich nicht leichter wird, wenn wir nicht das tun, was wir tun, nämlich auch Schulden zurückzahlen.

Wir haben – Herr Zimmermann hat darauf hingewiesen – ein sensationell niedriges Zinsniveau. Das kann sich aber auch schnell wieder ändern. Jeder Euro, der uns entlastet, bedeutet in Zukunft eine Hypothek weniger. Deswegen ist es sinnvoll, jetzt dazu zu kommen zu investieren und zurückzuzahlen. Das machen wir hälftig, wie alle, die sich in diesem Haus damit beschäftigen, wissen. Von daher ist das ein verantwortungsvoller Weg, den man beschritten hat.

In diesem Zusammenhang muss man auch sehen, wie wir trotzdem unser Ziel bei der Beamtenoldung erreichen. Da haben wir jetzt den Automatismus eingeführt, dass sich die Schere zwischen Berlin und den anderen Bundesländern etwas verkleinern soll. – [Benedict Lux (GRÜNE: Wo steht denn das? – Vorsitzender Peter Trapp: Im Besoldungsanpassungsgesetz! – Benedikt Lux (GRÜNE): Wo denn?)] – Diese 0,5 Prozent sind ein Automatismus, der irgendwann zum Ziel führt. Das ist ein langer Weg, das möchte ich gar nicht ausschließen, aber wir haben sicherlich unterschiedliche Berechnungen. Wir hörten gerade 10 bis 30 Jahre, aber ich weise noch einmal darauf hin: Die 0,5 Prozent sind nur ein Minimum. Das heißt, es bleibt dem Gesetzgeber unbenommen, diese 0,5 Prozent auch zu überschreiten. Wir können aber den zukünftigen Gesetzgeber nicht binden. Es kann in diesem Haus künftige Mehrheiten geben, die das ganz anders sehen. Das kann auch in die gegenteilige Richtung gehen, denn es gibt keine Möglichkeit, das jetzt festzuschreiben. Es ist nur die politische Absicht der jetzt regierenden Koalition, das auch in Zukunft in dieser Weise fortzusetzen. Alle anderen Mehrheiten können das anders für sich entscheiden. Es ist jedem, der jetzt dazwischenruft, klar, weil er sich in der Politik auskennt, dass man das nicht für die Zukunft machen kann, aber das ist unsere Absicht.

Wie gesagt: Das ist ein Minimum. Ich persönlich werde mich immer dafür einsetzen, dass wir nicht nur die Besoldungsdurchschnitte, also die Beamten, nehmen, sondern die Tarifabschlüsse, denn erfahrungsgemäß ist das immer noch ein bisschen mehr, und dann kommen wir auch schneller zu unserem Ziel, nämlich, dass Berlin relativ schnell die rote Laterne abgibt und zumindest einen Anschluss an das Land Brandenburg findet. Das sind – trotz der Rahmenbedingungen wie Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau – Dinge, die wir in den letzten Jahren einzubeziehen versuchten. Hätten wir das in der Vergangenheit immer so gemacht, dann würden wir heute wahrscheinlich nicht zusammensitzen – zumindest nicht zu diesem Thema.

Ich bitte Sie zu berücksichtigen und anzuerkennen, was im Rahmen des Möglichen geleistet wurde. Ich verstehe Ihren Unmut, weil Sie das über viele Jahre erlebt haben, aber wir sind aktuell dabei, die Versäumnisse aus der Vergangenheit zu korrigieren. Das geschieht in dem Tempo, das unter den aktuellen Rahmenbedingungen möglich ist. Ich sage Ihnen ganz offen: Auch andere politische Konstellationen, wären diese tatsächlich in der Verantwortung, könnten an diesen Fakten nicht vorbeiregieren. Das müssen Sie mir glauben. Deswegen muss man das mal ein bisschen in dem Licht sehen, egal, was heute zum Besten gegeben wird: Die Rahmenbedingungen bleiben die gleichen, und unter diesen Rahmenbedingungen haben wir einiges erreicht – zumindest haben wir eine Perspektive aufgezeigt. Es kann immer mehr sein, und dafür werden wir uns einsetzen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Bitte, Herr Lauer, Sie haben das Wort!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vielen lieben Dank! – Ich habe den großen Vorteil, dass ich – oder die Partei, der ich mal angehört habe – mit der finanziellen Lage des Landes Berlin überhaupt nichts zu tun habe, und den noch viel größeren Bonus, dass ich der nächsten Legislaturperiode auch nicht angehören werde, weswegen ich hier relativ offen sprechen kann.

Das Anliegen der Volksinitiative ist richtig, und Sie haben auch richtig festgestellt, dass dieses Minus in den letzten vier Jahren nicht aufgehoben worden ist. Das lässt sich so erklären, dass die Prioritätensetzung der Koalition beim Ausgeben von Geld eine andere war. Daraus kann jeder von Ihnen persönlich seine Schlüsse ziehen.

Eine persönliche Bemerkung sei mir erlaubt. Ich weiß nicht, was Sie damit erreichen wollen, wenn Sie sagen: Wir haben zusammen mit unseren Angehörigen 110 000 Wahlberechtigte in Berlin, und Sie als Abgeordnete wollen nicht, dass sich das in einer Protestwählerschaft manifestiert. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Die haben letztes Mal alle die Piraten gewählt! – Zuruf: Ja, genau!] – Herr Lux! Zu Ihnen komme ich gleich noch. – Auf mich persönlich hat das ein bisschen schräg gewirkt. Wenn Sie tatsächlich aufrichtig der Meinung sind, dass Ihre Probleme dadurch gelöst werden, dass Sie eine Protestpartei wählen, dann lade ich Sie herzlich dazu ein. Machen Sie das!

Ich komme jetzt zu den Zwischenrufen, ohne in irgendeiner Art und Weise die Versammlungsleitung des Vorsitzenden zu kritisieren, das liegt mir fern, aber ich erinnere gern an eine Begebenheit, bei der es hier einen lautstarken Flüchtlingsprotest gab, der dadurch beendet worden ist, dass eine Hundertschaft der Polizei diese Menschen hinausgetragen hat. Ich stelle an dieser Stelle fest, dass die zwischenrufenden, lachenden und klatschenden Menschen im Auditorium heute nicht von einer Hundertschaft der Polizei hinausgetragen worden sind. Das ist einfach nur eine Feststellung. Ich erinnere mich an eine andere Sitzung dieses Ausschusses, wo es auch Unruhe im Zuschauerraum gab, und ich sehe, dass jetzt bei Unruhe und Zwischenrufen im Zuschauerraum nicht dasselbe passiert wie in der damaligen Sitzung. Das ist einfach eine Feststellung ohne irgendeine Wertung.

Herr Lux! Protestpartei hin oder her, ich wünsche mir nach Ihrer Wahlkampfredede fast, dass Sie Innensenator werden, einfach nur, um mal zu gucken, wie Sie es dann nicht hinkriegen. Was Sie hier machen, das ist billig, denn der Haushalt ist beschlossen, und an dieser Situation wird auch nichts mehr verändert werden. Wir kritisieren den Senat in jeder Sitzung. Ich finde es auch nicht gut, dass der Herr Innensenator heute lieber auf einer Nato-Tagung ist, aber so ist es halt, das spricht für sich selbst. Wenn Sie der Meinung sind, das sei eine adäquate Reaktion auf diese Situation und auf dieses Anliegen – es ist Ihnen nicht genommen, sich so zu verhalten, wie Sie sich verhalten, aber auf mich persönlich wirkt das nicht.

Zum Schluss: Ihr Anliegen ist korrekt, aber wie Sie schon festgestellt haben, stößt es auf taube Ohren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Die erste Runde der Fraktionen ist beendet. Ich glaube, es sind zwei Fragen gestellt worden, nämlich die nach den 30 und die nach den 12 Jahren. Wer von Ihnen möchte sie beantworten? – Bitte, Herr Grashof!

André Grashof (Träger der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Erst einmal vielen Dank für die ausführlichen Darstellungen und Gegendarstellungen und teilweise auch die Darstellungen, die das, was wir hier zu verdeutlichen versuchten, bestätigt haben!

Ich habe Ihnen ein Handout zur Verfügung gestellt. In diesem Handout sind unglaublich viele Quellen angegeben, die die Zahlen, die wir vorgetragen haben, bestätigen. Dazu gehören Zahlen und Werte des Statistischen Landesamts Berlin-Brandenburg, die für uns sehr interessant waren, hier aufgeschrieben zu werden. Auf der Seite 3 des Handouts sehen Sie eine Statistik zur Entwicklung der Beamtenbesoldung im Land Berlin 2003 bis 2015. Diese stellt die Nullrundenstatistik der Inflationsrate gegenüber und zeigt auf, dass wir durch den zehnpromtigen Verlust in 2003 im Jahr 2010 bei 21 Prozent minus angekommen waren. Eine Besoldungsangleichung ab diesem Zeitraum – seien es 12,5 oder 9 Prozent –, die in den jeweiligen Jahren ebenfalls wiederum nur in der Lage war, die dann erfolgte Inflationsrate auszugleichen, hat nicht unbedingt zu einer Verbesserung der Besoldungssituation im öffentlichen Dienst geführt. Deswegen sagen wir auch, dass diese 9 Prozent sicherlich eine Gehaltssteigerung aus Sicht der Politik waren, aber das hat sich nach unserem Gefühl nicht als wertgeschätzte Gehaltssteigerung bemerkbar gemacht. Wenn wir trotz dieser Gehaltserhöhung immer noch 17,5 Prozent unterhalb der Inflationsrate liegen, dann zeigt mir das, dass das, was uns genehmigt wurde, keinesfalls – auch nicht annähernd – ausreicht, insbesondere dann nicht, wenn – wie Sie schon selbst sagten –, seit 2012 Haushaltsüberschüsse in Höhe von – wenn man der Presse glaubt – 2,5 Milliarden Euro nachgewiesen wurden und Sie nicht in der Lage oder nicht willens sind, uns eine etwas höhere Besoldungsangleichung zukommen zu lassen als das, was wir hier feststellen können, was nur knapp oberhalb der jeweiligen Jahresinflationsrate lag, wo wir über den gesamten Zeitraum ein Minus hatten. Eine Wertschätzung müsste anders aussehen. – Das zum einen.

Zum Zweiten habe ich auf der letzten Seite, der Seite 7, eine Statistik, die Gegenüberstellung der Besoldung der Beamten mit den jeweils anderen Größen. Die ersten drei Tabellen zeigen die drei Prüfparameter, wo wir der Auffassung sind, dass sie erfüllt sind. Die Forderung im Gesetz ist: 5 bis 10 Prozent. Wenn Sie die Zahlen sehen, dann driften diese extrem auseinander und übertrumpfen die von dem Gericht festgestellten Prüfparameter um ein Vielfaches. Von daher brauchen wir uns sicherlich nicht darüber zu unterhalten, ob es richtig ist, dass dieses Urteil anzuwenden ist. Es zeigt aber deutlich, dass die aufgestellten Prüfparameter alle samt in Berlin erfüllt sind, und das ist dramatisch, wenn ich sehe, wie der Verbraucherpreisindex gestiegen ist und wie im DGB-Besoldungsreport, der sich auch in diesem Handout befindet, vergleichbare Zahlen aus dem Bundesgebiet und aus den Ländern herangezogen werden, die sehr deutlich sagen, dass sich der Unterschiedsbetrag zwischen 11 bis 18,5 Prozent widerspiegelt. Diesen DGB-Besoldungsreport kann man sicherlich als eine Zwischengröße nehmen, die aber bei Weitem über diesen 6 Prozent liegt, die der Innensenat jetzt behauptet, die uns in 12 Jahren zu einer Angleichung von 0,5 Prozent führen würden. Ich gehe gar nicht von einer Angleichung von 18,5 Prozent aus. Der DGB sagte, dass wir im Durchschnitt einen bis zu 15-prozentigen Unterschiedsbetrag aufweisen. Diese 15 Prozent Durchschnitt führten mich dazu zu sagen, eine 0,5-prozentige Angleichung würde 30 Jahre dauern.

Ob das, was wir hier betreiben, Aktionismus sei, danach wurde ich schon einmal gefragt. Ich kann nur davor warnen, das so zu sehen. Wir als Beamte haben relativ wenig demokratische

Mittel, um auf unsere Misere aufmerksam zu machen. Das, was wir hier geschafft haben, ist ein vollkommen legitimes demokratisches Mittel, um Ihnen aufzuzeigen: Was ist jetzt im öffentlichen Dienst los? – Das ist keine Drohung, sondern wir haben das Gefühl, dass bislang von Ihnen nicht gesehen und anerkannt wurde, was tatsächlich im öffentlichen Dienst passiert. – [Beifall aus dem Auditorium] –

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Grashof! Ich glaube, alle Abgeordneten sehen, dass die Volksinitiative einen Teil dazu beiträgt, dass die Augen und Ohren der Abgeordneten für sie da sind. Deshalb haben wir Sie auch zu uns eingeladen. – Ich möchte jedoch darum bitten, dass die Vertrauenspersonen auch noch mal ihre Meinung dazu äußern, ob sie sich dem, was Herr Grashof gerade oder vorhin vorgetragen hat, anschließen. Dazu würde ich gern noch einmal die fünf Vertrauensleute hören, damit wir das auch im Wortprotokoll dokumentieren können. – Bitte, Herr Weitemeier!

Matthias Weitemeier (Vertrauensperson der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich schließe mich dem voll inhaltlich an und möchte noch zwei Ergänzungen machen. Zum einen: Es gibt zwei Dinge, von denen die Berliner Politik völlig abgekommen ist, das ist die zeit- und inhaltsnahe Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich. Ich bin zur Polizei gekommen, weil ich in Mathematik nicht ganz so gut war, aber das, was Sie hier vorrechnen, das kann ich absolut nicht nachvollziehen. Ich möchte ein Beispiel nennen: Wenn andere Bundesländer das Tarifergebnis vom Frühjahr zeit- und inhaltsnah übernehmen und Sie das als Senat zum 1. August auszahlen, dann muss man das auch wieder herunterrechnen. Insofern sind wir nicht bei den von Ihnen genannten Zahlen. Für Jahr 2010 – das mag mancher von Ihnen schon vergessen haben – steht ein Plus von 1,5 Prozent. Diese 1,5 Prozent wurden mit dem Novembergehalt ausgezahlt, aber gleichzeitig wurden die 300 Euro Sonderzuwendung, die es damals für zwei Jahre gab, gestrichen. Also ist das keine Gehaltserhöhung von 1,5 Prozent, sondern ein weiteres Minus gewesen. – Danke schön!

Vorsitzender Peter Trapp: Danke! – Dann kommt jetzt bitte Herr Mellenthin zu Wort.

Ralf Mellenthin (Vertrauensperson der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Schönen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich schließe mich natürlich den Ausführungen von André Grashof an, möchte aber zu bedenken geben, dass in der Presse und allgemein bekannt ist, dass Berlin wächst und dementsprechend nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Steuereinnahmen. Und aufgrund der Bevölkerungszuwächse muss der öffentliche Dienst entsprechend ausgebaut werden. – Danke schön!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Bitte, Herr Szeszkat!

Christian Szeszkat (Vertrauensperson der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Schönen Dank! – Ich schließe mich den Worten von Herrn Grashof voll und ganz an.

Axel Kalich (Vertrauensperson der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Ich schließe mich ebenfalls an, möchte aber zwei Bemerkungen machen. Ich war bis 2011 bei der Kripo, in der Direktion 2 in Spandau. Zu den dortigen Personalversammlungen am Ende des Jahres war in der Regel auch der Polizeipräsident eingela-

den. Ich kann mich an seine Ausführungen in den Jahren bis 2011 ganz gut erinnern, wo die Rede auf die ominöse Zahl von 16 160 Vollzugsstellen kam. Wenn man dann nachgefragt hat, wie man denn auf diese Zahl kommt, wurde immer gesagt: Naja, Berlin wird mit Hamburg verglichen. – Mich hat dann ein bisschen gewundert, dass in einem Interview mit dem damaligen Finanzsenator Nussbaum vom 16. November 2014 in der „Morgenpost“ die Frage gestellt wurde – ich zitiere:

Sie kennen ja andere Bundesländer, waren Senator in Bremen. Läuft es anderswo auch so wie hier?

Antwort:

Ich sehe keine grundsätzlichen Unterschiede. Aber Berlin ist aufgrund der Einwohnerzahl, der Bezirksstruktur und des großen öffentlichen Sektors nicht mit Bremen oder Hamburg vergleichbar. Berlin ist auch in der Verwaltung einzigartig.

Da frage ich mich: Welchem Politiker soll ich denn da noch glauben?

Die Linken haben vor ein paar Wochen Herrn Dr. Lederer als Spitzenkandidaten aufgestellt. Das Erste, was er in einem Interview der „Berliner Abendschau“ gesagt hat, war, dass er sich dafür einsetzen wird, dass der öffentliche Dienst gestärkt wird. Von einer besseren Bezahlung war da nicht die Rede. Auch das hat mich ein bisschen gewundert, weil damals genau unter dem rot-roten Senat der ganze öffentliche Dienst gegen die Wand gefahren wurde. Da bleibt wieder die Frage: Welchem Politiker soll ich noch glauben? – Ich bin nun in der guten Lage, im nächsten Jahr nicht wählen zu müssen, weil ich in Brandenburg wohne. Da bin ich also aus dem Schneider, ansonsten würde ich mir diese Frage stellen. – Das dazu!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Kalich! – Abschließend hat Herr Tey-sakowski das Wort! – Bitte sehr!

Andreas Teysakowski (Vertrauensperson der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich schließe mich ebenfalls der Rede des Herrn Grashof an und möchte mich an dieser Stelle für die Aufmerksamkeit der meisten hier anwesenden Abgeordneten bedanken. – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Dann gehen wir in unserer Redeliste weiter. – Bitte, Herr Zimmermann!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Debatte zeigt, dass man jetzt nicht einfach aufhören kann, sondern sie fortsetzen muss, auch heute fortsetzen muss. Es ist richtig, dass dieses Thema einen breiten Raum einnimmt. Auch auf die Gefahr hin, dass es zu einigen Wiederholungen kommt, möchte ich zu einigen Punkten noch etwas sagen.

Zunächst einmal: Es ist fatal, Herr Lux, wenn wir durch das Aufgreifen von Stichworten bestimmte Ressentiments noch verstärken. Wenn Sie uns als Abgeordneter attestieren, wir seien im Tiefschlaf, und es daraufhin Beifall aus dem Auditorium gibt, dann ist das für mich ein Problem. Wir sind hier nicht im Schlaf, sondern wir hören zu und setzen uns mit den Argumenten auseinander. – [Vereinzelter Beifall von der SPD] – Das – wenn man mal die Klappe

hält und zuhört – als Tiefschlaf zu diskreditieren, ist ein Stichwort an Inhaber von bestimmten Ressentiments. Das finde ich nicht günstig, Herr Lux, das sollte man nicht machen.

Zweitens: 230 Millionen Euro seien nur für Wahlkreise ausgegeben worden. Das ist ein weiterer Punkt, der ein Klischee bedient, das wir leider teilweise auch hier hören, nämlich, dass Politiker alles in die eigene Tasche wirtschaften. Das ist und bleibt ein Klischee, denn wir werden uns ja wohl gegenseitig attestieren, dass wir eine ernsthafte und verantwortungsbewusste Haushaltsberatung geführt haben – [Benedikt Lux (GRÜNE): Und jetzt zur Sache!] – und eine Entscheidung treffen werden, die unter Abwägung verschiedener Prinzipien sein muss. Wenn Sie sagen, wir gäben das Geld nur für die Wahlkreise aus, insinuiert auch das, dass wir nur an unsere Wiederwahl denken. Nein! Wir geben das Geld nach objektiven Kriterien aus und nicht nach Wahlkreisen. – [Lachen von Benjamin Lux (GRÜNE) – Dr. Robbin Juhnke (CDU): Herr Lux, man darf nicht von sich auf andere schließen!] – Wir haben uns darauf verständigt, dass wir hier eine ausführliche und ernsthafte Debatte führen.

Der dritte Punkt: Wir hätten Anträge nicht gelesen – ich weiß nicht, von wem das kam –, was bedeuten würde, dass wir ohne Kenntnis der Tatsachen, der Sachverhalte und der zugrunde liegenden Fakten entscheiden. Auch das weise ich zurück. Das ist etwas, was die Arbeit des Parlaments insgesamt in einen Misskredit zu bringen, in ein schräges Licht zu stellen oder zu diskreditieren versucht. Ich bitte darum, dass wir das nicht auch noch von uns aus machen.

Drittens: Sie beschreiben – das habe ich Ihnen gesagt, und das hören Sie auch aus der Debatte – viele Zustände im öffentlichen Dienst in Berlin sehr zutreffend. Ich kann nur wiederholen, dass der Ansatz, mehr für die personellen Ressourcen insgesamt, was die Stellenzahl anbetrifft, zu tun, als auch, mehr als jetzt für die Besoldung zu tun, richtig ist und dass das in die künftigen Entscheidungen einfließen muss. Wenn Sie aber sagen: Die Politik erzählt uns immer etwas, dem man nicht mehr glauben kann, wir haben überhaupt kein Vertrauen mehr, wem soll man noch glauben? – bis hin zu der Drohung – das ist eine Drohung, das kann ich nicht akzeptieren –: Wenn Sie nicht so machen, wie wir wollen, dann wählen wir Protestparteien. – [Zurufe von den Grünen] – – Ich kann nur an Sie appellieren, uns zu kritisieren und auch wirklich hart zu kritisieren, aber die Drohung – das meinen Sie vielleicht nicht so, das hoffe ich jedenfalls –, außerhalb des demokratischen Spektrums stehende Parteien zu wählen, die kann nicht sein, und die darf nicht sein. – [Beifall von Burgunde Grosse (SPD)] – Ich glaube, dass Sie das nicht so meinen. – [Zurufe von den Anzuhörenden] – Gut! Aber das muss klargestellt werden. Dann bin ich zufrieden, wenn das so ist.

Jetzt noch mal in aller Kürze zu den Inhalten! Wir haben es mit einer chronischen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte zu tun. Auch wenn wir derzeit im Bund und auch in manchen Ländern eine bessere Situation haben, gibt es viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, so viele wie seit 1990 nicht mehr. – [Vorsitzender Peter Trapp: Ich glaube, zu TOP 2 kommen wir nicht mehr!] – Herr Vorsitzender, das ist auch eine Finanzdebatte, die wir hier führen müssen! – [Vorsitzender Peter Trapp: Na klar!] – Und das bedeutet, dass man – Herr Lux, Sie hatten das, glaube ich, auch gesagt! – sehr wohl die Rahmenbedingungen betrachten muss, um zu beschreiben, was man an Investitionen, an Besoldungserhöhungen, an konsumtiven Aufgaben machen kann oder was man nicht machen kann. Deswegen ist es nicht zweitrangig, den finanziellen Rahmen, in dem sich das Land Berlin bewegt, zu betrachten. Wir müssen das tun. Davor kann man nicht ausweichen oder flüchten, wir müssen das tun. Und da zeigt sich, da gibt es Zahlen vom Städtetag oder vom Städte- und Gemeindebund für ganz Deutschland, dass in den öffentlichen Haushalten ein Investitionsstau von 100 Milliarden Euro ist. Das sehen alle, dass wir auf Verschleiß und Substanz fahren und dass dringend höhere Investitionen in vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur sein müssten. Dafür müssen wir auch sorgen. Deswegen ist der öffentliche Dienst nicht weniger wichtig. Er ist genauso wichtig wie Infrastrukturinvestitionen und andere Maßnahmen, und deswegen braucht man hier die Abwägung zwischen allen Maßnahmen.

Dass wir einen Haushaltsüberschuss – ich weiß nicht, ob das Herr Grashof oder wer gesagt hat – von 2,5 Milliarden Euro hätten, das kann ich jetzt nicht nachvollziehen. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Das habt ihr schon wieder ausgegeben! – Zuruf von Burgunde Grosse (SPD)] – Nein! Wir haben seit einigen Jahren – darauf sind wir, ehrlich gesagt, auch ein bisschen stolz – keine Notwendigkeit mehr, uns neu zu verschulden. Wir haben sogar Überschüsse erwirtschaftet, die wir, so wie Herr Juhnke es, glaube ich, gesagt hat, verantwortungsbewusst einsetzen, zur Hälfte in die Konsolidierung, was wir nicht aufgeben dürfen, und zur anderen Hälfte in Investitionen. Und auch da bitte ich, das nicht nur zu diffamieren, dass wir in den Jahren einen Konsolidierungsbedarf in Berlin hatten. Da sind auch manche Fehler gemacht worden. Und das, was Herr Wowereit zu Polizisten gesagt hat, dass die nächste Gehaltserhöhung in 50 Jahren oder so komme – ja, das hat er so gesagt. Das kann man nicht machen – das muss auch heute gesagt werden –, das ist unangemessen. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Damals hat er's nicht gesagt! – Burgunde Grosse (SPD): Aber gedacht!] – Ja, es ist aber falsch, das würden wir heute selbstverständlich nicht mehr tun. Ich bin nicht in der Rolle, für ihn zu spre-

chen, aber eigentlich muss man sich dafür entschuldigen, das war zu pampig, und das war nicht richtig. Wir zeigen heute, dass wir es anders meinen und dass wir Schritte gehen, auch wenn sie als noch so gering empfunden werden. Nehmen Sie uns bitte ab, dass wir ernsthaft etwas verbessern wollen, deswegen werden wir dieses Thema auch weiter ernsthaft behandeln und demnächst dann auch eine Stellungnahme zu der Initiative abgeben.

Vorsitzender Peter Trapp: Jetzt hat Herr Wansner das Wort!

Kurt Wansner (CDU): Vielen Dank für Ihre Äußerung, Herr Zimmermann! Ich selbst komme aus dem öffentlichen Dienst. Herr Grashof, Sie haben hier heute eine wirklich verantwortungsvolle Rede gehalten. Ich kann unsere Kollegen nur daran erinnern, lieber Herr Lux, welche Existenzängste es gerade im öffentlichen Dienst in einigen Bereichen gibt. Herr Taş, es gibt nicht nur Gehaltsgruppen im oberen Bereich, sondern es gibt Gehaltsgruppen, die im unteren Bereich sind und die wirklich Probleme haben – [Zuruf von Canan Bayram (GRÜNE)] –, die finanziellen Möglichkeiten auszunutzen. Deshalb glaube ich, und ich bin wirklich schon lange im Abgeordnetenhaus, Herr Grashof, dass ich selten eine solche Diskussion erlebt habe, wie ich sie heute erlebt habe. Ich glaube, die Vertreter des öffentlichen Dienstes, die heute hier sind, können stolz sein auf die Formulierungen, die Sie gebraucht haben.

Lieber Herr Lauer! Ich weiß ja und bin auch ein bisschen glücklich darüber, dass Sie nicht mehr wieder in dieses Abgeordnetenhaus kommen, denn Ihre Formulierungen den Kollegen aus dem öffentlichen Dienst gegenüber, dass man sie möglicherweise aus diesem Saal hätte entfernen müssen, nur weil sie es sich erlaubt haben, zu klatschen und den Leuten, die ihre Sorgen hier formuliert haben, Beifall zu spenden, halte ich für eine unangenehme, unanständige Entgleisung. Hier sitzen Menschen vor Ihnen, die im finanziellen Bereich in den letzten Jahren wirklich benachteiligt wurden, die mit Recht hier sitzen, lieber Herr Lux, und uns ihre Sorgen darstellen. – [Zuruf von Canan Bayram (GRÜNE)] – Das haben wir als Abgeordnete mit Respekt zu sehen und allerdings dann auch dieses Verständnis mitzunehmen, und das auch in den nächsten Jahren, wenn wir wiedergewählt werden sollten, in unsere Arbeit hineinzutragen, denn das Recht, sich so zu äußern, glaube ich, ist auf der Seite derer, die in den letzten Jahren wirklich drastisch benachteiligt wurden. Deshalb, Herr Lauer, sollten wir solche Formulierungen nicht mehr bringen, denn das ist dem, was wir hier heute – auch in der Qualität – gehört haben, wirklich nicht angemessen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat jetzt Frau Bluhm das Wort!

Carola Bluhm (LINKE): Da kann ich nur sagen: Krass, krass, krass, was das für eine Realitätsverweigerung ist! Sie haben, glaube ich, nichts davon, wenn wir uns streiten, aber so ganz ist es um der Nachvollziehbarkeit der Dinge willen dann vielleicht doch nicht zu vermeiden. Ich frage einfach mal die CDU: Wenn Sie so hart kritisieren, was an notwendiger Konsolidierung geleistet werden musste, warum stellen Sie dann nicht innerhalb einer Legislaturperiode den Status quo wieder her? – [Dr. Robbin Juhnke (CDU): Geht doch gar nicht! – Kurt Wansner (CDU): Hat doch kein Mensch gesagt!] – Das ist eine Frage, mit der Sie sich auseinandersetzen müssen – auch gerade, weil ich von Herrn Kalich indirekt angesprochen wurde. Das ist zumindest meine Haltung in der Politik. Ich sehe auch wirklich keinen produktiven Sinn in Populismus. Das ist übrigens eine objektive Herausforderung für alle. Es ist auch niemand auf die Fragen eingegangen, die ich noch mal in den Zusammenhang gestellt habe, also Wertschätzung, auch nachholende Wertschätzung, Fachkräftemangel, offene Stellen und die

Schwierigkeiten der Besetzung und damit eigentlich eine Problemverschärfung dadurch, dass ich eben keine zukunftsfähige Bezahlung als Grund, im öffentlichen Dienst dabei sein zu wollen trotz steigender Anforderungen, damit ausstatte. Ich möchte es einfach noch mal sagen: 2002/2003 gab es eine Situation – ich bitte einfach, sich damit auseinanderzusetzen; Sie können da eine andere Haltung haben, aber ich finde, man muss es in die Debatte einbeziehen –, da hatte das Land Berlin annähernd so hohe Personalausgaben wie Steuereinnahmen. Und es waren unendlich viele strukturelle Entscheidungen nicht getroffen worden. Wir haben mit einem Schuldenstand von 42 Milliarden Euro übernommen. Sie hatten sich um alle notwendigen Entscheidungen, nämlich was man machen muss, um den öffentlichen Dienst anders aufzustellen, beispielsweise die damaligen Eigenbetriebe, die gigantische Defizite erarbeitet haben, gedrückt. Um nichts hatten Sie sich gekümmert! – [Kurt Wansner (CDU): Stimmt doch gar nicht!] – So war die Situation 2002. Schauen Sie sich die Zahlen an, statt einfach nur zu sagen, es war nicht so. Doch, es war so!

Dieser Konsolidierungsschritt war notwendig, das war ein zentraler Punkt, diese Milliardenbeträge, die Belastung für die Beamten und Angestellten, um überhaupt diesen Wechsel hinzubekommen – der gelungen ist. Der war total hart. Es sind unendlich viele Fehler dabei gemacht worden in der Genauigkeit und in der Zielgerichtetheit, aber er war notwendig. Und ich denke, man kann – aus Ihrer Sicht – Politik nur beeinflussen, wenn man das auch zur Kenntnis nimmt und wenn man nicht immer sagt, es war doch immer alles gleich. – Nein!

Aber jetzt ist eine neue Gerechtigkeitslücke zwischen Angestellten und Beamten entstanden, und wir haben eine grundlegend andere Haushaltssituation, die Berlin gewissermaßen dafür belohnt, dass es einen so harten Konsolidierungskurs gegeben hat. Und da sage ich, da muss man anders handeln.

Ich will das an der Stelle überhaupt nicht fortsetzen, ich will Ihnen nur noch mal einen Hinweis aus meiner Erfahrung aus dem Hauptausschuss geben. Es wäre völlig unangemessen und anmaßend, wenn ich sagen würde, ich versuche mich mal in Ihre Lage zu versetzen, wie das auf Sie gewirkt hat, dass hier solche Sätze gesagt worden sind wie: Damit ist keine Verantwortung für irgendjemanden beschrieben – und: Wir haben kein grundlegendes Interesse an einer zu geringen Bezahlung. – Das lasse ich einfach so stehen. Ich habe auch gesagt, Populismus hilft an der Stelle nicht weiter. Aber ich gebe Ihnen mal den Hinweis, wie es im Juni im Hauptausschuss gelaufen ist. Da war die Frage des Mietenbündnisses im Hauptausschuss. Wir hatten eine Anhörung. Genau wie Sie saßen da die Anzuhörenden, und es gab eine unglaublich demütigende Situation ob der Fragestellung: Was wollen Sie denn eigentlich, das ist alles unrealistisch, das ist nicht gerechnet, Sie haben doch mit Ihrer Argumentation ein Ei auf dem Kopf. – Ich fand das eine bemerkenswerte Haltung und einen bemerkenswerten Gestus vonseiten der Koalition, wie man da mit dem Volksbegehren umgegangen ist. Ich wollte es dann gar nicht glauben, als ich im August in der Zeitung las, oh, man hat jetzt zusammengesessen, und man hat sich geeinigt, und plötzlich ging es um sehr, sehr hohe Beträge. Man kann jetzt im Detail über das Ergebnis streiten. Ich kann Ihnen nur diesen Rat mit auf den Weg geben: Bleiben Sie dran, und Sie werden, glaube ich, für alle Beteiligten, die Ihnen gegenüber sitzen, anspruchsvolle Partner sein. Das ist mein Rat.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Frau Bluhm! – Jetzt hat Herr Lenz das Wort!

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank! – Vorab eine technische Kritik. Lassen Sie das mit den Beifallsbekundungen! Das schadet Ihrem eigentlichen Anliegen. Ich sage das deswegen, weil wir eigentlich sehr zufrieden sind, dass Sie hier sind – rein technisch. Wir haben das Instrument der Volksinitiative vor einigen Jahren geschaffen. Ein paar Kollegen waren dabei. Es hat ein Schattendasein geführt. Sie führen dieses Instrument jetzt aus diesem Schattendasein hinaus, und das machen Sie mit Erfolg – das sind jetzt die rein technischen Betrachtungen, zu den Inhalten komme ich gleich –, aber Sie schaden sich dadurch, dass Sie hier Regularien verletzen. Das brauchen Sie gar nicht, denn Ihre Hauptzielsetzung, das zum Thema zu machen, können Sie auch anders erreichen. Es perlt keinesfalls an uns ab. Es kommt hier alles bei uns an, auch der Druck, der damit – natürlich auch zu Recht – verbunden ist, kommt hier an, und das wird sicherlich wesentlich in unsere Entscheidungsfindung einfließen.

Zum eigentlichen Thema: Für mich persönlich, das habe ich auch schon sehr oft gesagt, ist das alles eigentlich nicht primär eine Frage der Rechtmäßigkeit, auch wenn jetzt hier Klagen angestrengt werden, wenn man sagt, der Alimentationsgrundsatz sei verletzt, oder der Artikel 3 sei verletzt. Natürlich ist das jetzt Gegenstand der Debatte, aber ich glaube, das ist nicht die entscheidende Frage, es sei denn, das Gericht entscheidet jetzt, dass es verfassungswidrig ist. Wir werden uns daran halten, und das dann sofort machen. Ich glaube, dass es nicht so kommen wird, und ich glaube, da wäre sogar auch noch Luft, weil man natürlich in einer Sondersituation – das Land Berlin ist immer noch in einer Sondersituation – auch solche Möglichkeiten Ihnen gegenüber hat. Dafür sind Sie Beamte, dass man diese Möglichkeiten hat.

Dennoch, da möchte ich Sie beruhigen, wird es auf Dauer nicht so bleiben können, denn die Kernfrage ist die Wettbewerbsfähigkeit des Landes Berlin. Das wissen Sie auch. Man kann woanders arbeiten, auch als Beamter, und so schön Berlin ist und so spannend es ist, für die deutsche Hauptstadt zu arbeiten, auf Dauer wird das als Argument nicht ausreichen. Wir müssen wettbewerbsfähig sein, und da ist ein ganz zentraler Punkt neben Ihren Arbeitsbedingungen Ihre Besoldung. Man kann Sie nicht dauerhaft schlechter bezahlen als die anderen Bundesländer oder der Bund, insbesondere Brandenburg und Berlin sind direkte Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt. Man muss nicht mal umziehen, um dort zu arbeiten und dann mehr zu verdienen. Das ist die entscheidende Frage, und das ist hier auch schon gefallen.

Wir haben einmal altersbedingt ein enormes Ausbluten des öffentlichen Dienstes. Allein, um jetzt den Stellenbestand zu erhalten, brauchen wir sehr viele neue junge Leute mit einer Perspektive, auch in Bezug auf die Besoldung. Wir haben uns für Stellenaufwuchs entschieden. Das ist alles schon gemacht. Und um die Leute zu gewinnen, brauchen wir auch ein attraktives Dienstverhältnis, das wir den jungen Menschen bieten, und dazu gehört natürlich auch Ihre Situation. Es gehört alles zusammen. Ich will sagen: Bleiben Sie gelassen, wir sind da relativ schnell im Zugzwang. Das sind doch keine Sachen, die sich irgendwann in fünf, sechs Jahren erfüllen, sondern wir wollen jetzt die Stellen besetzen, die wir geschaffen haben, und das müssen wir dann auch leisten.

Noch mal etwas zum Thema Sondersituation und zum Thema Zinsen: Da müssen wir auch mal ein bisschen Lage machen, damit Sie uns besser verstehen. Es hat in der Tat nichts damit zu tun, dass man Ihnen das nicht gönnen würde oder dass wir das jetzt nicht für angemessen halten, sondern wir müssen es ja auch immer lösen, und die Finanzlage des Landes Berlin ist eben die Vorgabe, unter der wir da arbeiten müssen. Die Einsparungen, die Kollegin Bluhm

hat es gesagt, waren in der Tat notwendig, um hier Boden unter die Füße zu kriegen. Wir haben immer noch 60 Milliarden Euro Schulden. Wir sind in einer historischen Sondersituation, das muss man auch immer wieder sagen. Wir haben keinen Marktzins, den wir bezahlen müssen, sondern wir zahlen einen politisch angeordneten Zins, der von der Politik aus einem europäischen Kontext heraus angeordnet worden ist, damit alle Länder – auch das Land Berlin – die Finanzen in Ordnung bringen und wir aus dieser Schuldenfalle rausgehen, denn bei 1 Prozent Zinserhöhung haben wir 600 Millionen Euro Haushaltsbelastung, mit einem Schlag, und da wären wir immer noch weit entfernt von einem Marktzins. Das ist jetzt nur Kontext, ich weiß, dass Sie das nicht von Ihrer Forderung abbringt, aber ein bisschen, um zu erklären, warum Einschnitte nötig waren, warum wir jetzt nicht alles auf einmal lösen können.

Zum Kollegen Lux möchte ich ein paar Worte sagen, weil das so nicht geht. Herr Lux, vorab eine Frage: Darf man Sie mit dem, was Sie hier von sich geben, in einem anderen Kontext zitieren, oder ist das jetzt hier nur für die Initiative? Ist das ernst gemeint, oder sind das Spaßbemerkungen? Ich habe mir einmal ein paar Sachen aufgeschrieben, weil ich das einfach immer wieder sehr bemerkenswert finde, denn es klingt in Teilen wie aus einem CDU-Papier: „Sicherheit hat im Staatswesen Priorität.“ „Der Staat muss seine Kernaufgaben wahrnehmen, insbesondere die innere Sicherheit.“ Das finde ich alles richtig. Aber würden Sie das, wenn das Publikum ausgetauscht wäre, wenn wir meinetwegen den 1. Mai debattierten, in der Form auch noch sagen? – Sie würden es nicht sagen! – [Zurufe von Canan Bayram (GRÜNE) und von Hakan Taş (LINKE)] – Ich sage jetzt mal ganz bewusst den Leuten, die heute hier sind, dass Sie hier mal so und mal so argumentieren. Hier den Leuten nach dem Mund zu reden, das mag für Sie in der Sitzung angenehm sein, in der Sache führt es aber nicht weiter, und die Leute werden es Ihnen auch nicht glauben. Insofern sparen Sie sich das vielleicht in Zukunft. Das wird dann auch Ihrem Anliegen besser gerecht. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank für den Rat, Kollege!] – Immer gern!

Wir haben es also erkannt, wir werden etwas tun müssen, nicht unbedingt aus Rechtsgründen, sondern aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit. Wir haben auch angefangen. Dieser Senat hat eine Trendwende eingeleitet. Zunächst haben wir den Personalabbau beendet. Wir haben im Polizeibereich einen enormen Aufwuchs. – [Hakan Taş (LINKE): Wo ist er denn?] – Am Ende werden es 1 000 Stellen mehr sein. Wir müssen sie natürlich besetzen. Ich habe es gesagt, dazu müssen wir gute Leute finden, die es machen, weil wir nicht jeden nehmen können. Dazu brauchen wir attraktive Rahmenbedingungen. Wir müssen besoldungsmäßig aufholen. Wir haben auch das eingeleitet. Das halbe Prozent führt zu einem Korridor von zehn, zwölf Jahren. Das wird nicht reichen, auch das ist hier angekommen, weil wir dann die Stellen nicht besetzen können werden. Also werden wir nachrüsten müssen. Sobald wir das können, werden wir das auch machen, nicht, weil wir zu Ihnen nett sein wollen, sondern weil wir das machen müssen. Das ist hier bei uns angekommen. – [Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Ihr Engagement ist insofern nicht schädlich, sondern es erhöht den Druck, der hier auch sicherlich zielführend ist, um diesen Prozess zu erreichen. – [Zurufe von Canan Bayram (GRÜNE) und Benedikt Lux (GRÜNE)] – Also, seien Sie optimistisch! Es wird nicht alles so kommen, wie Sie wollen, aber es wird sich beschleunigen, und damit haben Sie wahrscheinlich am Ende Ihr Hauptziel erreicht.

Vorsitzender Peter Trapp: Jetzt hat Herr Lauer das Wort!

Christopher Lauer (PIRATEN): Ich muss leider noch mal etwas wegen Herrn Wansner sagen. Erstens, Herr Wansner, sieht man sich immer zweimal im Leben. Ich freue mich auf Ihren Blick, wenn wir uns wiedersehen. – [Heiterkeit] – Frau Grosse lacht, ich weiß, warum.

Zweitens weise ich Sie, Herr Wansner, weil Sie das jetzt so dargestellt haben, als ob ich überhaupt kein Verständnis für diese Volksinitiative hätte, darauf hin, dass ich zu Beginn meines letzten Redebeitrags gesagt habe, dass das eine vollkommen legitime Forderung und inhaltlich richtig sei. – Jetzt halte ich doch noch eine Wahlkampfrede, obwohl ich sie gar nicht halten müsste. – Ich habe auch in jeder Haushaltsberatung und jedes Mal, wenn das Thema Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst angesprochen worden ist, gesagt, dass wir uns diese Gehaltserhöhung in dieser Form eigentlich sparen können, weil sie von der Inflation aufgeessen wird, also genau das, was hier gerade auch von der Initiative vorgetragen worden ist.

Ich weise Sie auch gerne noch mal auf die Sitzung des Innenausschusses vom 16. Juni 2014 hin, wo wir zu Gast bei der Feuerwehr waren und das „Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2014/2015 und zur Änderung weiterer besoldungsrechtlicher Vorschriften“ in der, glaube ich, ersten Lesung hatten. Im Zuge dieser Debatte habe ich wieder darauf hingewiesen, dass diese Besoldungserhöhung von der Inflation gefressen wird, und angeregt, darüber nachzudenken, ob man nicht die Besoldung einfach um 15 Prozent erhöht, weil wir das Geld ohnehin wieder über Steuern und dadurch, dass es den Berlinerinnen und Berlinern – es wurde gerade gesagt, wie viele Menschen direkt oder indirekt durch den öffentlichen Dienst in Berlin betroffen sind – – Und wenn Sie da eine Gehaltserhöhung von 15 Prozent auf einmal machen, ist natürlich auch mehr Kaufkraft da, was natürlich auch den Wirtschaftsstandort Berlin steigern würde. Ich habe sogar damals, weil ich es nicht selber ausrechnen wollte, den Finanzsenat in einer schriftlichen Anfrage darum gebeten, mal zu sagen, welche Auswirkungen es auf das Land Berlin, seine wirtschaftliche Entwicklung und die Steuereinnahmen hätte, wenn man die Besoldung um 15 Prozent erhöhen würde. Diese Anfrage kam zurück mit der Antwort: Das rechnen wir nicht aus, denn das ist unrealistisch. – Das heißt, ich bin auch heute noch dumm.

Mir jetzt vorzuwerfen, dass ich hier eine Stilkritik übe, die – das hat mich sehr gefreut – der Kollege Lenz im Übrigen auch teilt, und jetzt darauf hinzuweisen, dass ich kein Verständnis hätte – nein, das ist Quatsch! Meine Mutter hat 43 Jahre im öffentlichen Dienst gearbeitet. Natürlich habe ich Verständnis dafür, was die Leute hier vortragen. Ich habe aber auch vorgetragen, dass Sie sich von der heutigen Debatte ein Eis backen können, weil die Messen für den Haushalt 2016/2017 gesungen worden sind und weil diese Initiative – das wurde hier selbst von der Initiative vorgetragen – in Anbetracht der Tatsache, dass wir 2016 wählen, natürlich auch für Sie wahlentscheidend ist oder mit in die Wahlentscheidung eingeht, dass die Debatte hier heute natürlich davon geprägt ist, was man sich erhofft, für einen Eindruck bei den Menschen zu machen, die hier sitzen, die im Raum nebenan sitzen und das Ganze gestreamt bekommen usw.

Das Einzige, worauf ich hingewiesen habe, ohne damit in irgendeiner Art und Weise die Leitung unseres Vorsitzenden zu kommentieren oder zu werten, ist, dass es auch andere Situationen in diesem Ausschuss gab, wo Leute, die im Zuschauerraum die Sitzung kommentiert haben oder laut waren oder irgendwelche Bekunden gemacht haben, von einer Einsatzhundert-schaft hinausgetragen worden sind, und dass diese Leute danach – meines Wissens – auch noch eine Anzeige bekommen haben. Und ich habe einfach nur auf den Fakt hingewiesen,

dass man mal sehen kann, dass es Tage gibt, an denen so etwas passiert, und dass es Tage gibt, an denen so etwas nicht passiert. Mir persönlich ist es wichtig, unbenommen vom Thema der Initiative, dass Menschen, die in diesen Ausschuss kommen – einmal die Abgeordneten, aber auch die Zuschauer und Gäste –, sich an die Regeln halten, die wir aufstellen, denn wenn hier gesagt wird: Was soll man denn glauben, an welche Regeln hält sich denn die Politik noch? –, sieht man natürlich auch daran, wie ernst wir unsere eigenen Regeln nehmen, wenn es hier in dieser Form eine Ungleichbehandlung gibt. Dass ich natürlich Verständnis dafür habe, wenn ich so einen Hals hätte, wie es diese Menschen anscheinend haben, dass sie hier applaudieren oder lachen oder auch dazwischen rufen, das sei unbenommen, aber das gehört sich halt, wie gesagt, für diesen Ausschuss nicht. Dass diese Leute einen Hals haben, ist mir klar. Ich erinnere immer wieder gerne an die Veranstaltung der Gewerkschaft der Polizei im letzten Jahr, auf der auch Herr Krömer reden durfte, und da habe ich mit Erstaunen feststellen dürfen, dass es da fast körperlich wurde, als Herr Krömer sprach, weil die Leute sehr unzufrieden mit dem waren, was er dort gesagt hat, als es um das Thema Besoldung ging. Die Probleme sind mir bekannt. Die Probleme sind uns allen bekannt.

Jetzt haben wir hier fünfmal festgestellt, dass in dieser Legislaturperiode nichts geändert worden ist. Jetzt haben wir hier fünfmal festgestellt, dass andere Parteien möglicherweise damit irgendetwas zu tun hatten. Natürlich kann man sagen, dass die 21 Milliarden Euro, die Berlin aus dem Bankenskandal als Schulden mitgenommen hat, in nicht unerheblichem Maße dazu beigetragen haben, dass diese Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst so stattgefunden hat, wie sie stattfand. Für 21 Milliarden Euro muss eine Oma lange stricken – ein Opa auch, wenn er stricken möchte. Wir haben jetzt hier alle Argumente ausgetauscht. Das Traurige ist doch, dass das Thema sich hier eigentlich sofort erschließt, und das Einzige, was halt nicht stattfindet, ist eine Anpassung.

Jetzt wurde hier auch schon vonseiten der Koalition gesagt, jetzt finde eine Anpassung statt. Da schließe ich mich an dieser Stelle einfach der Kollegin Bluhm an, dass Sie natürlich einfach weiter hartnäckig bleiben müssen. Ich denke, dass die Aufmerksamkeit, die Sie heute hier auch erfahren haben, insgesamt Ihrer ganzen Initiative nützt, und dann müssen Sie halt einfach weiternerven, weil natürlich die Kolleginnen und Kollegen hier ganz anders um Worte ringen, als wenn Sie jetzt nicht da wären. – Aber mir jetzt hier von Ihnen, Herrn Wansner, vorwerfen zu lassen, ich könne das alles nicht verstehen – lassen Sie die Mätzchen!

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Lauer! – Jetzt hat sich noch Herr Dr. Juhnke gemeldet.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Es tut mir leid, ich habe es erst nicht wirklich ernst genommen, aber, Herr Lauer, Sie haben das Thema der Sitzung, in der damals die Flüchtlinge hier protestiert haben, noch mal wiederholt. Wir haben heute eine Situation, hier sind viele im Saal, viele sind in einem Nebenraum, um der Sache zu folgen, viele sind zum ersten Mal im Abgeordnetenhaus, die wussten nicht, dass man sich hier der Beifalls- und Unmutskundgebungen enthält. Darauf hat der Vorsitzende hingewiesen. Seitdem ist das Thema auch völlig unkritisch und diszipliniert behandelt worden. Das vergleichen Sie zum wiederholten Male mit einer Situation, wo es hinten im Zuschauerraum eine erhebliche Lautstärke gab, die auch auf mehrfache Hinweise des Vorsitzenden hin nicht geendet hat, wo es teilweise Leute gab, die sich geweigert haben, den Saal zu verlassen, nachdem sie hier lautstark protestiert, aus dem Besucherraum heraus Rederecht für sich in Anspruch genommen, Widerstandshandlungen began-

gen hatten und ähnliche Sachen. – [Lachen und Zuruf von Benedikt Lux (GRÜNE): Barrikaden haben sie gebaut!] – Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich finde, dieser Vergleich ist vollkommen absurd, ich möchte ihn zurückweisen, weil das Publikum heute in überhaupt keiner Weise damit zu vergleichen ist. Und das haben Sie wiederholt. Das muss man nur noch mal an der Stelle festhalten, denn der Vergleich ist dermaßen absurd, dass man eigentlich nur staunen kann.

Vorsitzender Peter Trapp: Ich nehme an, Herr Lauer, Sie wollen antworten? – Bitte schön!

Christopher Lauer (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Juhnke, für diese Einlassung! Ich bin Ihnen für jeden Kommentar dankbar, der dem Auditorium ein Urteil darüber zuleitet, inwieweit Sie für die Position des innenpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion geeignet sind. – [Heiterkeit von Benedikt Lux (GRÜNE)] – Ich weise Sie mal darauf hin, dass ich die Situation im Auditorium in keiner Weise mit der Situation dieses Flüchtlingsprotestes verglichen habe. Wenn ich das getan hätte, hätte ich einzelne Situationen hier direkt damit verglichen. Dann hätte ich gesagt, hier haben sie applaudiert, damals haben die Flüchtlinge geschrien. Das habe ich nicht getan. Ich habe auf etwas Abstrakteres verwiesen, und dann ist mir natürlich klar, dass ich es für Sie vielleicht noch mal in einfacheren Worten hätte formulieren müssen. Ich habe darauf verwiesen, dass es durchaus Sitzungen dieses Ausschusses gibt, wo mit Störungen aus dem Auditorium anders umgegangen wird.

Sie, Herr Juhnke, haben jetzt in meiner Meinung nach absolut unzulässiger Weise – denn das obliegt allein dem Vorsitzenden dieses Ausschusses – noch mal eine Wertung vorgenommen, nämlich, ab welchem Zeitpunkt hier ein Eingreifen gerechtfertigt ist und ab welchem nicht. Das ist, wie gesagt, eine Sache, die allein dem Vorsitzenden obliegt, und da maße ich mir auch nicht an, ein Urteil darüber zu fällen, ob und wann hier in irgendeiner Art und Weise der Vorsitzende die Security oder auch die Polizei rufen sollte, falls es hier zu irgendwelchen Störungen im Betriebsablauf kommt. Aber dass Sie sich hier mit den Regeln nicht genau auskennen, das ist mir schon klar, Herr Juhnke. Dass meine Argumentation bei Ihnen nicht verfangen hat, ist mir auch klar. Ich bemühe mich in Zukunft, das dann auch noch mal in einfacher Sprache zu formulieren. Ich habe, wie gesagt, diese beiden Situationen nicht miteinander verglichen. Wenn ich mir Ihre Diktion aus vergangenen Sitzungen zu eigen machen würde, würde ich Sie jetzt noch der Lüge bezeichnen. Das mache ich aber nicht, weil das unparlamentarisch wäre, Herr Juhnke. Ansonsten haben wir jetzt alles gesagt. Sie können sich aber gerne noch mal in irgendeiner Art und Weise dazu einlassen, die bei den anwesenden Menschen die Wahlentscheidung beeinflusst. Das können wir gerne noch bis heute Abend machen.

Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank für diese auch deutliche Wortmeldung von Herrn Lauer. – Ich will nur sagen, dass der Vorsitzende nicht der Meinung war, dass das Parlament, das Gremium, durch diese Beifallskundgebungen gestört wurde, sondern Sie waren in der Hinsicht so diszipliniert, dass es wieder zu den normalen Diskussionen innerhalb dieses Gremiums kommen konnte. Deshalb habe ich keine weiteren Maßnahmen getroffen, und ich glaube, das ist auch richtig so. – [Beifall von Kurt Wansner (CDU)] – Jetzt haben wir noch eine Wortmeldung von Herrn Grashof zu dem Thema, das Herr Zimmermann angesprochen hatte, zu dem, ich sage mal, Druck der 110 000.

André Grashof (Träger der Volksinitiative „Verfassungskonforme Alimentation für alle Berliner Beamten“): Vielen Dank noch mal für das Wort! – Ich will mich hier kurz halten. Es

geht uns nicht darum zu drohen, dass sich, wenn das nicht so läuft, wie wir wollen, alle Beamten der Protestpartei anschließen. Es geht mir darum: Wir hatten letztes Wochenende in der Presse einen – meiner Ansicht nach – etwas alarmierenden Artikel, der besagt, dass diese Protestpartei, von der ich spreche, mittlerweile schon bei 9 Prozent liegt und dass 55 Prozent der befragten Bevölkerung nicht einverstanden sind mit dem, was die Politik in Berlin schafft. Deswegen ist es für mich etwas Wichtiges, dass ein so alarmierendes Thema, wie wir es hier haben, entsprechend gewürdigt wird und dann von den Wählerinnen und Wählern, die wir als Potenzial stellen, dementsprechend auch reflektiert werden kann. – Danke!

Vorsitzender Peter Trapp: Gut, dann können wir, wenn keine weiteren Wortmeldungen von den Vertrauensleuten kommen, diesen Tagesordnungspunkt erst mal vertagen. – Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben, und bedanke mich auch noch mal ausdrücklich für die sachliche Zusammenarbeit mit diesem Ausschuss. Wenn Sie möchten, können Sie auch noch den nächsten Tagesordnungspunkt zu den Schießständen der Berliner Polizei begutachten. Ansonsten wünsche ich Ihnen noch einen schönen Restnachmittag.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Schießstände der Berliner Polizei
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0249](#)
InnSichO

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion
Drucksache 17/2472
Neuorganisation der Ausländerbehörde

[0244](#)
InnSichO
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.